vdek
Die Ersatzkassen

81,8 Mio.
Einwohner

178,9 Mrd. EUR
Zuweisungen aus Gesundheitsfonds

51,9 Mio.
Mitglieder

17,8 Mio.
Familienversicherte

35,2 Mio.
AKV Mitglieder

16,8 Mio.
KVdR Mitglieder

30,0 Mio.
Pflichtmitglieder

51,8 Mio.
AKV Versicherte

5,2 Mio.
Freiwillige Mitglieder

17,9 Mio.
KVdR Versicherte

15,5 %
Beitragssatz

144
Kassen

69,7 Mio.
Versicherte

2,6 Mio.
Freiwillige Mitglieder mit Anspruch auf Krankengeld nach Ablauf von 6 Wochen

287,3 Mrd. EUR
Gesundheitsausgaben

183,8 Mrd. EUR
Einnahmen

179,6 Mrd. EUR
Ausgaben

2,0 Mrd. EUR
Zuzahlungen für Arzneimittel

85,1 %
Marktanteil der GKV

7,0 %
Anteil der GKV-Ausgaben am BIP

28,4 Mio.
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

82,73 Jahre
Lebenserwartung für Frauen

77,72 Jahre
Lebenserwartung für Männer

852.359
Gestorbene

662.712
Lebendgeborene

2012 / 2013

vdek-Basisdaten des Gesundheitswesens

Impressum

Herausgeber:
Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek)
Askanischer Platz 1, 10963 Berlin
Tel.: 0 30 / 2 69 31 -0
Fax: 0 30 / 2 69 31 - 29 00
info@vdek.com
www.vdek.com

Redaktion:
Abt. Kommunikation
Michaela Gottfried (verantw.)
Manfred Schild (Konzeption, Bearbeitung, Inhalte)

Ansprechpartner:
Manfred Schild
Tel.: 0 30 / 2 69 31 - 12 35
Fax: 0 30 / 2 69 31 - 29 15
manfred.schild@vdek.com

Gestaltung:
via roeper Erfolgskommunikation GmbH
Hinter dem Schütting 1A
28195 Bremen

Stand:
Dezember 2012

17. überarbeitete Auflage
Auszugsweise Vervielfältigung und Verbreitung mit
Quellenangabe gestattet.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie, detaillierte bibliografische Daten sind über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

www.vdek.com/presse/daten/index.htm

Vorwort

Im vergangenen Jahr haben wir die seit 1992 herausgegebene Publikation „Ausgewählte Basisdaten des Gesundheitswesens“ modernisiert. Die positive Resonanz hat uns gefreut. Daran knüpfen wir jetzt an und haben die nun vorliegende 17. Auflage „vdek-Basisdaten des Gesundheitswesens 2012/2013“ nochmals mit neuen Daten ergänzt.

In der Neuauflage „vdek-Basisdaten des Gesundheitswesens 2012/2013“ stellt der Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek) umfassende Daten vor allem zum Gesundheitswesen in Deutschland zur Verfügung. Neben den Finanz- und Versichertendaten beleuchten Strukturdaten die jeweiligen Leistungserbringerbereiche. Ergänzt werden sie durch Angaben zur Bevölkerung und zum demografischen Wandel sowie durch weitere volkswirtschaftliche Daten. Jedes Kapitel verfügt über eine kurze Einführung und umfangreiche Abbildungen.

Die Broschüre selbst sowie die einzelnen Darstellungen stehen zudem auf der Internetseite des Verbandes (www.vdek.com/presse/daten/index.htm) zum Download zur Verfügung, jeweils sortiert nach Themenbereichen.

Die vdek-Basisdaten verfolgen den Anspruch, anhand übersichtlicher Grafiken und Tabellen die Entwicklungen und Zusammenhänge ausgewählter Themenfelder des Gesundheitswesens aufzuzeigen. Denn eine gute Datengrundlage und damit verknüpft ein besseres Verständnis der gesundheitspolitischen Lage sind Voraussetzungen für ein erfolgreiches Agieren im Gesundheitswesen. Diese Broschüre unterstützt Sie in Ihrer täglichen Arbeit, ob nun als Nachschlagewerk oder um die eigene Argumentation zu untermauern.

Viel Spaß dabei wünscht Ihnen

Ulrike Elsner
Vorstandsvorsitzende des vdek

Inhaltsverzeichnis

BEVÖLKERUNG 6

Bevölkerung nach Bundesländern | Bevölkerung – Vorausberechnung | Lebenserwartung bei Geburt | Bevölkerungsentwicklung und Altersstruktur | Geburten und Sterbefälle | 10 häufigste Todesursachen

VERSICHERTE 10

Krankenversicherung der Bevölkerung | Verteilung der Versicherten auf die Kassenarten | Verteilung der Mitglieder auf die Kassenarten | Pflichtmitglieder, freiwillige Mitglieder und Rentner | PKV – Versichertenstruktur | PKV – GKV – Wanderungsbewegungen | Anzahl der Krankenkassen | Anzahl der Krankenkassen nach Kassenarten | Ausgaben für Verwaltung und Anteil an den GKV-Ausgaben insgesamt | Ausgaben für Verwaltung | PKV-Verwaltungs- und Abschlussaufwendungen | PKV – Anteil der Verwaltungs- und Abschlussaufwendungen an Beitragseinnahmen

EINNAHMEN / AUSGABEN 17

Beitragsbemessungsgrenzen, Beitragssätze und Faustformeln | Entwicklung der Beitragsbemessungsgrenzen | Entwicklung der Beitragssätze | Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte | Finanzierungssäulen der GKV | Gesundheitsfonds – Struktur | Bundeszuschuss | Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds | Ausgabendeckung durch Gesundheitsfondszuweisungen | Morbi RSA: 10 größte Zuweisungsvolumina nach Krankheitsgruppen | Kassen mit Zusatzbeiträgen und Prämien | Einnahmen und Ausgaben insgesamt | Gesundheitsausgaben | Anteil der GKV-Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt

VERSORGUNG 25

LEISTUNGSAUSGABEN

Leistungsausgaben insgesamt | Leistungsausgaben je Versicherter und Veränderungswerte | Leistungsausgaben nach Bereichen | Leistungsausgaben nach Bereichen sowie Veränderungswerte

KRANKENHAUSBEHANDLUNG 28

Ausgaben für Krankenhausbehandlung und Anteil an GKV-Ausgaben insgesamt | Ausgaben für Krankenhausbehandlung | Ausgaben für Krankenhausbehandlung je Versicherter und Veränderungswerte | Krankenhausindikatoren: Krankenhausausgaben, Krankenhäuser, Betten, Berechnungstage und Fälle | Krankenhäuser nach Trägern | Krankenhäuser nach Bundesländern: Einrichtungen, Betten und Patientenbewegung | Landesbasisfallwerte nach Bundesländern | Fallpauschalen (DRGs): 10 häufigste DRGs | Krankenhausstrukturdaten im internationalen Vergleich

ÄRZTLICHE BEHANDLUNG 32
Ausgaben für ärztliche Behandlung und Anteil an GKV-Ausgaben insgesamt | Ausgaben für ärztliche Behandlung | Ausgaben für ärztliche Behandlung je Versicherter und Veränderungswerte | Struktur der Ärzteschaft im ambulanten Bereich | Vertragsärzte | Ärzte: Reinertrag (Praxisgewinn)

ZAHNÄRZTLICHE BEHANDLUNG 35
Ausgaben für zahnärztliche Behandlung mit/ohne Zahnersatz und Anteil an GKV-Ausgaben insgesamt | Ausgaben für zahnärztliche Behandlung mit/ohne Zahnersatz | Ausgaben für zahnärztliche Behandlung einschließlich Zahnersatz je Versicherter und Veränderungswerte | Vertragszahnärzte

ARZNEIMITTEL 37
Ausgaben für Arzneimittel und Anteil an GKV-Ausgaben insgesamt | Ausgaben für Arzneimittel | Ausgaben für Arzneimittel je Versicherter und Veränderungswerte | Zuzahlungen für Arzneimittel | Arzneimittelverordnungen und Wert je Verordnung | Arzneimittelverordnungen und -umsatz | Mehrwertsteuersätze für Arzneimittel in der EU | Apotheken – Strukturdaten | Apotheken nach Bundesländern

HEIL- UND HILFSMITTEL 42
Ausgaben für Heil- und Hilfsmittel und Anteil an GKV-Ausgaben insgesamt | Ausgaben für Heil- und Hilfsmittel | Heil- und Hilfsmittel je Versicherter und Veränderungswerte | Sonstige Leistungserbringer | Sonstige Leistungserbringer und Veränderungswerte | Sonstige Leistungserbringer nach Bundesländern

ZUZAHLUNGEN 45
Zuzahlungen | Belastungsgrenze (§ 62 SGB V) – Angehörigenfreibeträge

SOZIALE PFLEGEVERSICHERUNG 47
Beitragsbemessungsgrenze, Beitragssätze und Faustformeln | Einnahmen und Leistungsausgaben | Finanzen | Leistungsempfänger – ambulant und stationär | Leistungsempfänger nach Pflegestufen in der ambulanten Pflege | Leistungsempfänger nach Pflegestufen in der stationären Pflege | Pflegenoten der ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen

ANHANG 53
Abkürzungsverzeichnis
vdek-Mitgliedskassen
vdek-Zentrale und Landesvertretungen

Kapitel 1

Bevölkerung

81,8 Millionen Menschen leben in Deutschland (Stand: 31.12.2011). Die mittleren Altersgruppen (35 – 65 Jahre) sind deutlich stärker besetzt als die jüngeren Jahrgänge. Die geburtenstarken Jahrgänge (1955 bis 1965) werden vermehrt in die höheren Altersgruppen aufrücken und die Bevölkerung wird insgesamt noch stärker altern als bisher.

Auf einen Nenner gebracht:
Die geringe Geburtenzahl (acht Kinder auf je 1.000 Einwohner) und die steigende Lebenserwartung sind für die fortschreitende Vergreisung in Deutschland verantwortlich.

Diese Entwicklung ist keineswegs neu, noch ist sie ein plötzlich eintretendes Ereignis. Bereits in den frühen 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts waren mehr Sterbefälle als Geburten zu verzeichnen.

In den nächsten 50 Jahren wird diese Entwicklung weiter fortschreiten. Entsprechend haben die Ersatzkassen den demografischen Wandel auf ihre Agenda gesetzt, um zukünftig auf die daraus resultierenden Herausforderungen reagieren zu können.

Bevölkerung nach Bundesländern

in Tausend

31.12.2011

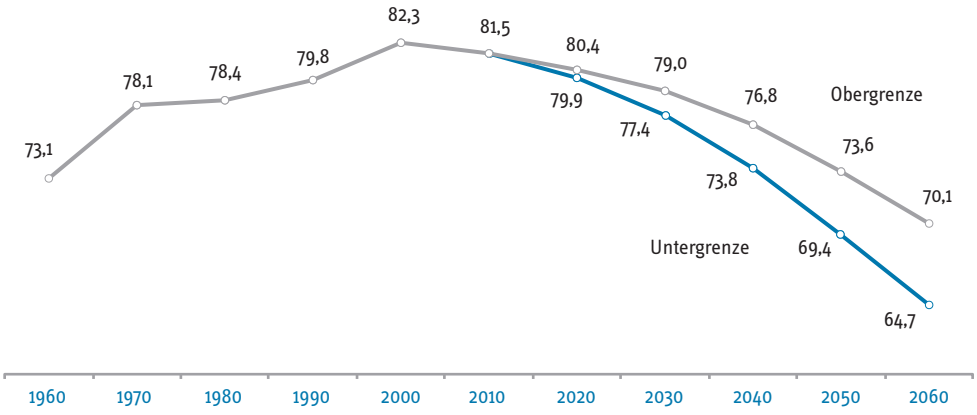
Bundesländer	insgesamt	männlich	weiblich
Baden-Württemberg	10.786	5.320	5.466
Bayern	12.596	6.200	6.396
Berlin	3.502	1.718	1.784
Brandenburg	2.496	1.237	1.259
Bremen	661	323	339
Hamburg	1.799	881	918
Hessen	6.092	2.994	3.098
Mecklenburg-Vorpommern	1.635	809	826
Niedersachsen	7.914	3.896	4.018
Nordrhein-Westfalen	17.842	8.718	9.124
Rheinland-Pfalz	3.999	1.967	2.032
Saarland	1.013	494	520
Sachsen	4.137	2.028	2.109
Sachsen-Anhalt	2.313	1.134	1.179
Schleswig-Holstein	2.838	1.392	1.446
Thüringen	2.221	1.097	1.124
Deutschland	**81.844**	**40.207**	**41.637**

Quelle: Eigene Darstellung nach: StBA.

Bevölkerung – Vorausberechnung

in Millionen

1960 – 2060, Bundesgebiet



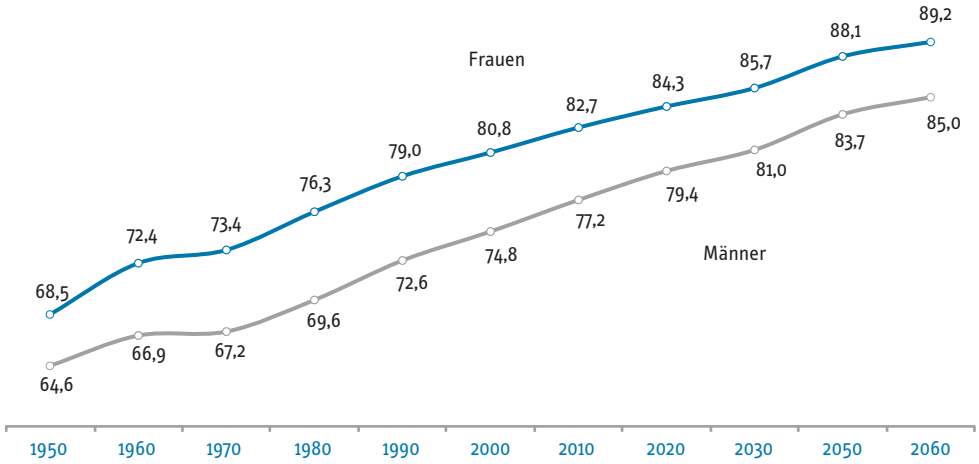
12. koord. Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 1, „mittlere" Bevölkerung.
Quelle: Eigene Darstellung nach: StBA und BiB

Untergrenze 2060: 64.651.000
Obergrenze 2060: 70.120.000

Lebenserwartung bei Geburt

in Jahren

1950 – 2060, Bundesgebiet

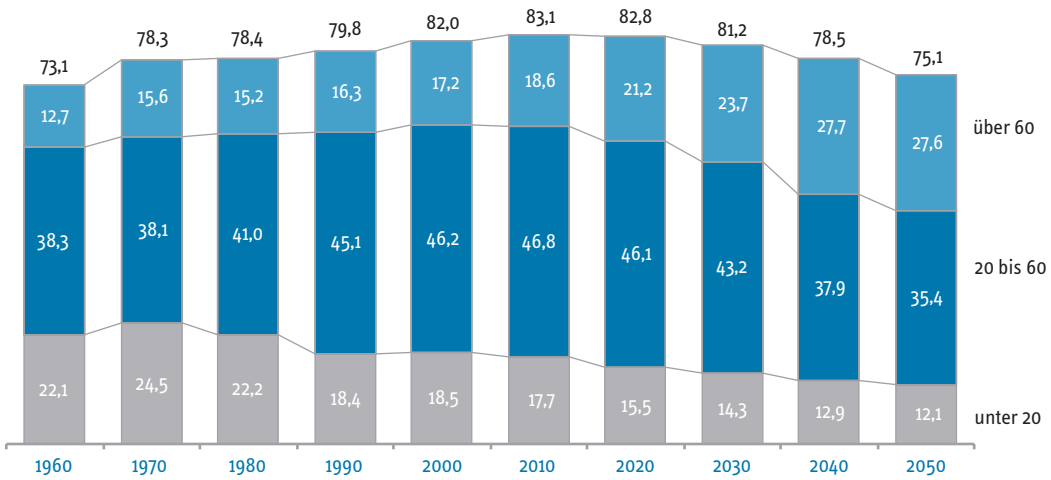


Quelle: Eigene Darstellung nach: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Bevölkerungsentwicklung und Altersstruktur

in Millionen

1960 – 2050, Bundesgebiet

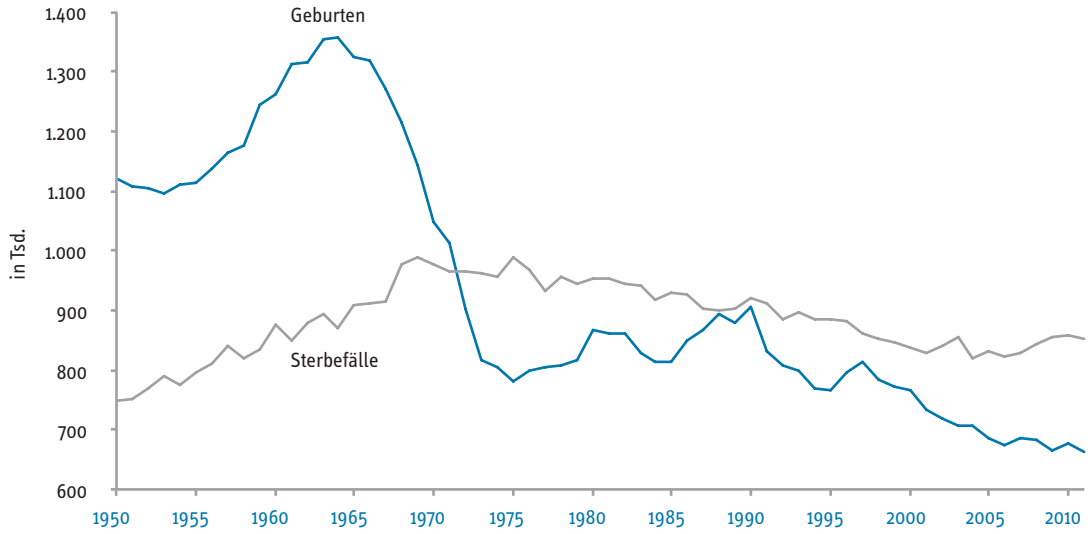


Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach: StBA.

Geburten und Sterbefälle

in Tausend

1950 – 2011, Bundesgebiet



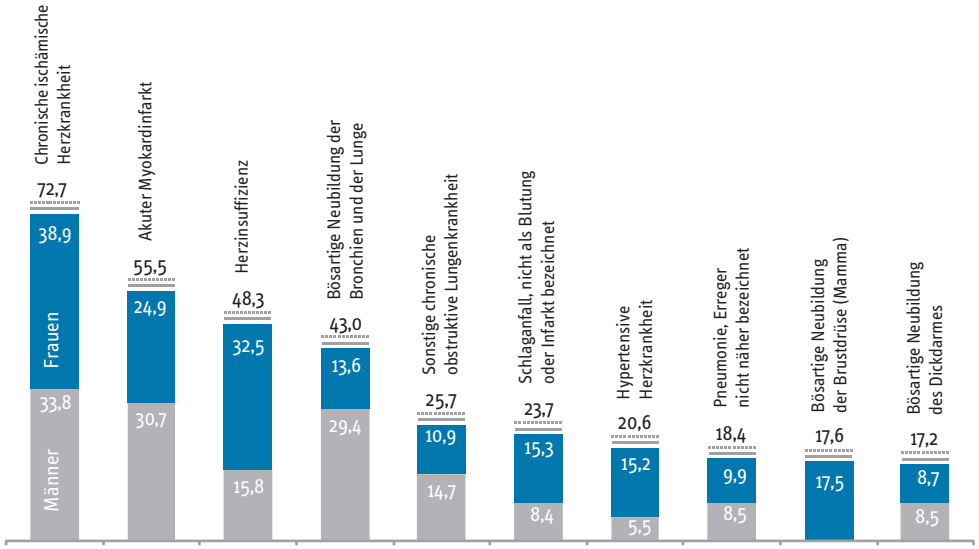
Quelle: Eigene Darstellung nach: StBA.

2011: 662.712 Geburten, 852.359 Sterbefälle

10 häufigste Todesursachen

Sterbefälle in Tausend

2010, Bundesgebiet



Quelle: Eigene Darstellung nach: StBA.

Kapitel

2 Versicherte

2011 waren von 81,8 Millionen Einwohnern in Deutschland rund 70 Millionen in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und neun Millionen in der privaten Krankenversicherung (PKV) versichert. Die Mehrheit der gesetzlich Krankenversicherten (25,7 Millionen) sind in einer der sechs Ersatzkassen versichert.

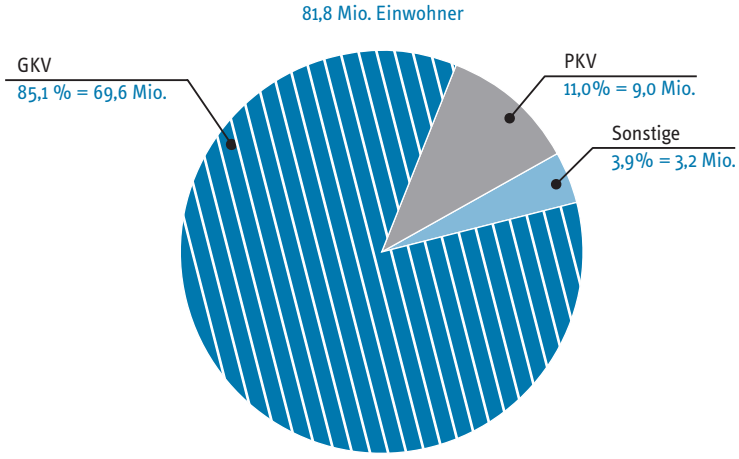
Mit einem Marktanteil von 36,9 Prozent stellen die Ersatzkassen somit die größte Kassenart in Deutschland dar, knapp gefolgt von den Allgemeinen Ortskrankenkassen (AOK) mit 34,9 Prozent Marktanteil.

57,5 Prozent, also mehr als die Hälfte aller Mitglieder der GKV, sind Pflichtmitglieder (30 Millionen) mit einem Jahreseinkommen von weniger als 52.200 Euro (Versicherungspflichtgrenze 2013). Weitere 5,2 Millionen sind in der GKV freiwillig versichert, ungefähr die Hälfte von ihnen liegt über der Versicherungspflichtgrenze. Dazu kommen noch 16,8 Millionen Menschen, die in der Krankenversicherung der Rentner (KVdR) versichert sind.

Krankenversicherungsschutz der Bevölkerung

in Prozent

2011, Bundesgebiet



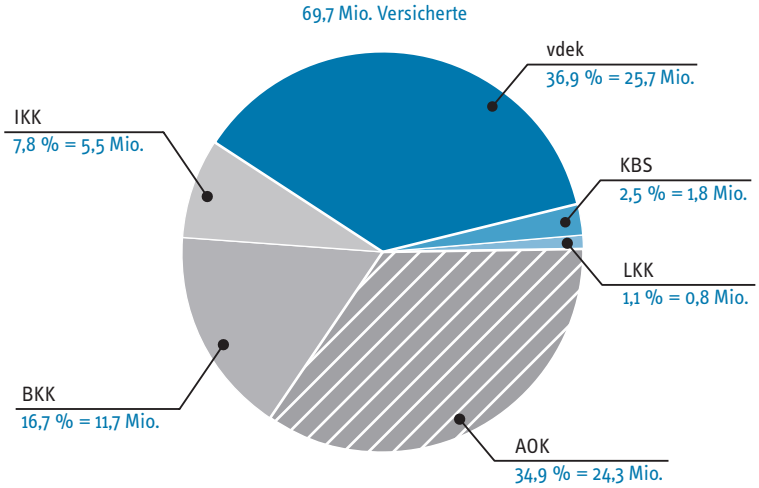
Versicherte
GKV: 69.637.277
PKV: 8.976.300
Sonstige: 3.230.423
Einwohner: 81.844.000

Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach: BMG, StBA und Verband der privaten Krankenversicherung e. V.

Verteilung der Versicherten auf die Kassenarten

in Prozent

2012 /07, Bundesgebiet



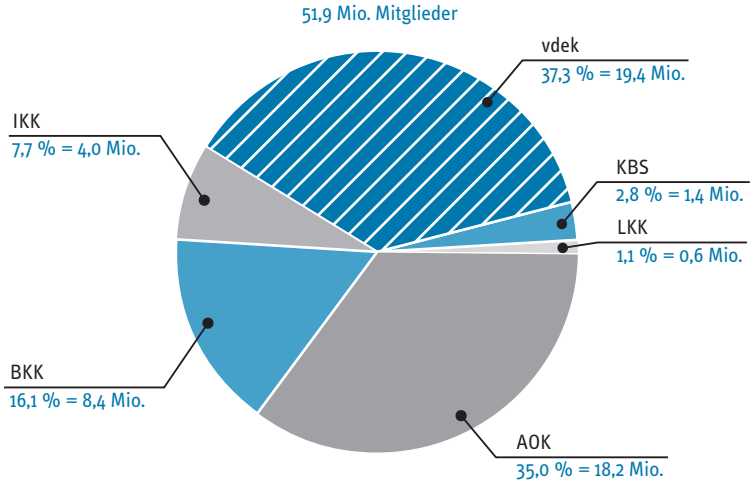
Versicherte
vdek: 25.729.735
AOK: 24.343.809
BKK: 11.657.545
IKK: 5.463.758
KBS: 1.754.775
LKK: 766.544
GKV: 69.716.166

Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach: BMG, KM1.

Verteilung der Mitglieder auf die Kassenarten

in Prozent

2012 / 07, Bundesgebiet



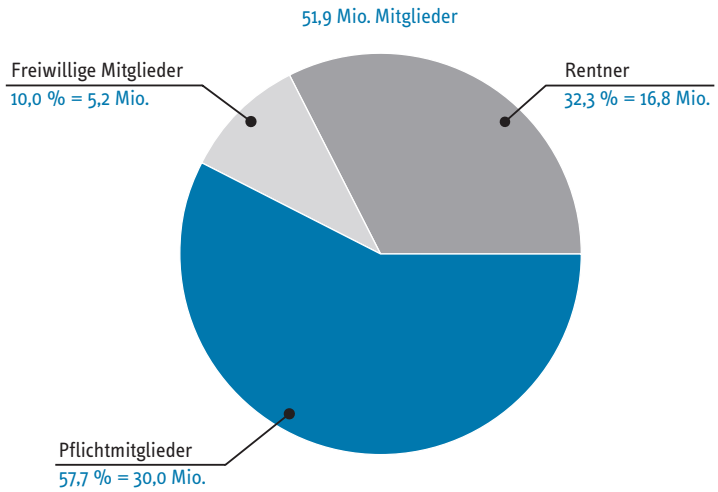
Mitglieder:
vdek: 19.373.277
AOK: 18.198.150
BKK: 8.384.681
IKK: 3.991.588
KBS: 1.432.331
LKK: 550.662
GKV: 51.930.689

Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach: BMG, KM1.

Pflichtmitglieder, freiwillige Mitglieder und Rentner

in Prozent

2012 / 07, Bundesgebiet

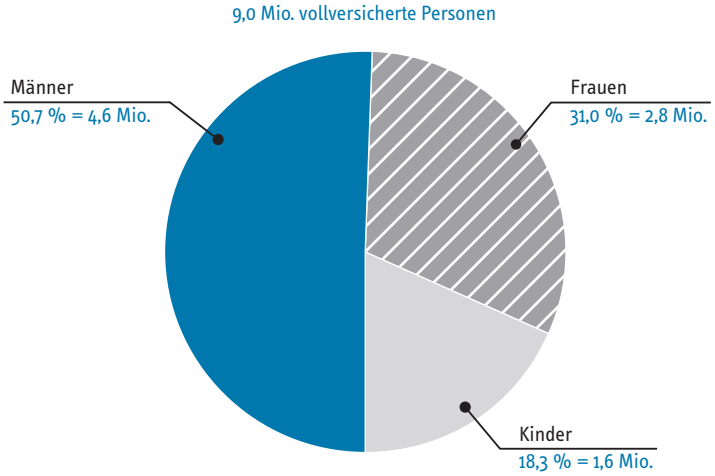


Pflichtmitglieder: 29.963.141
Freiwillige Mitglieder: 5.205.438
Rentner: 16.762.110
Mitglieder insgesamt: 51.930.689

Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach: BMG, KM1.

Private Krankenversicherung

Versichertenstruktur in der Krankheitsvollversicherung
2011, Bundesgebiet

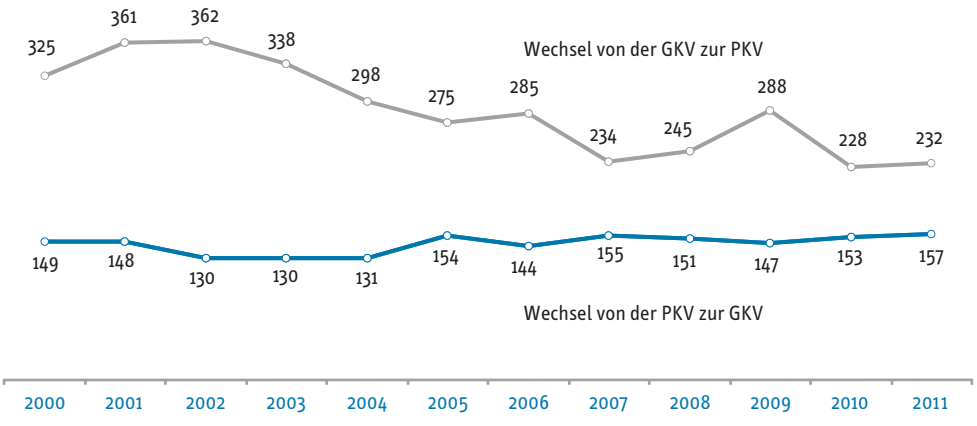


Männer: 4.554.600
Frauen: 2.780.800
Kinder: 1.640.900
Vollversicherte: 8.976.300

Quelle: Eigene Darstellung nach: PKV-Rechenschaftsbericht 2011.

Private Krankenversicherung – Wanderungsbewegungen

in Tausend
2000 – 2011, Bundesgebiet

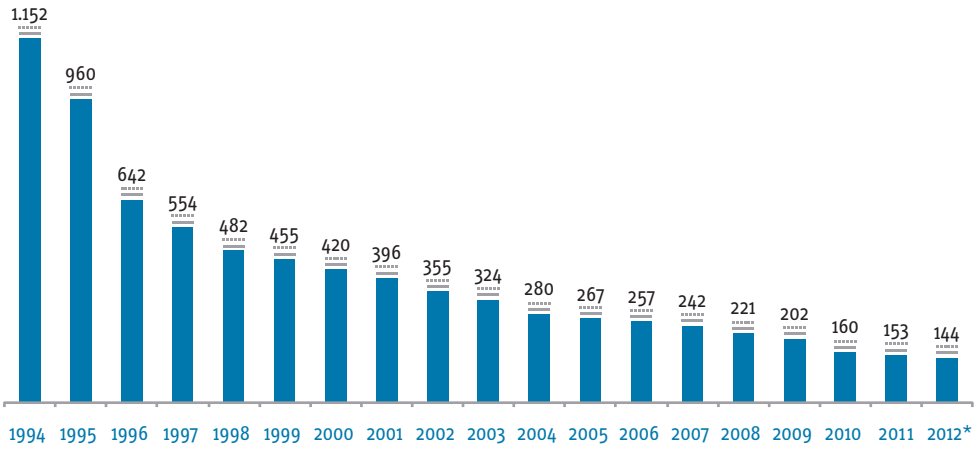


Wechsel von der GKV zur PKV 2011: 231.900
Wechsel von der PKV zur GKV 2011: 156.800

Quelle: Eigene Darstellung nach: PKV.

Anzahl der Krankenkassen

1994 – 2012*, Bundesgebiet

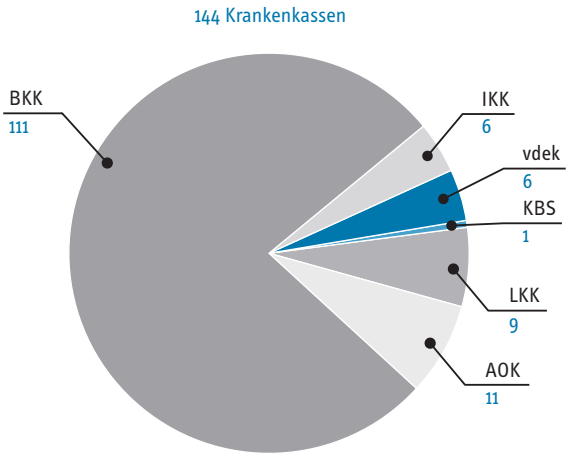


Quelle: Eigene Darstellung nach: BMG. * Oktober 2012

Krankenkassen

nach Kassenarten

2012 / 10, Bundesgebiet

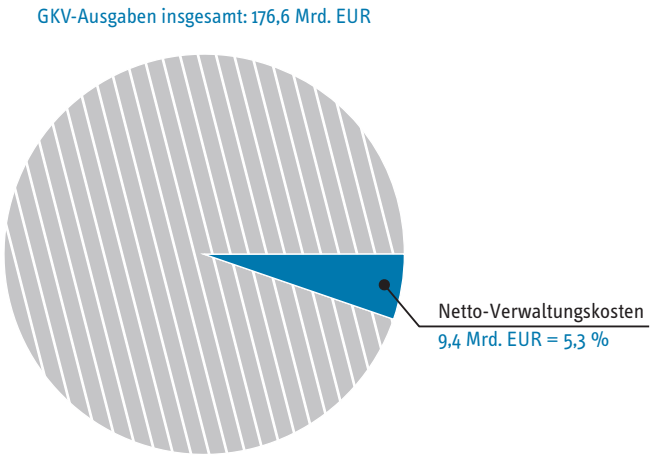


Quelle: Eigene Darstellung nach: BMG.

GKV – Netto-Verwaltungskosten

in Milliarden EUR

2011, Bundesgebiet



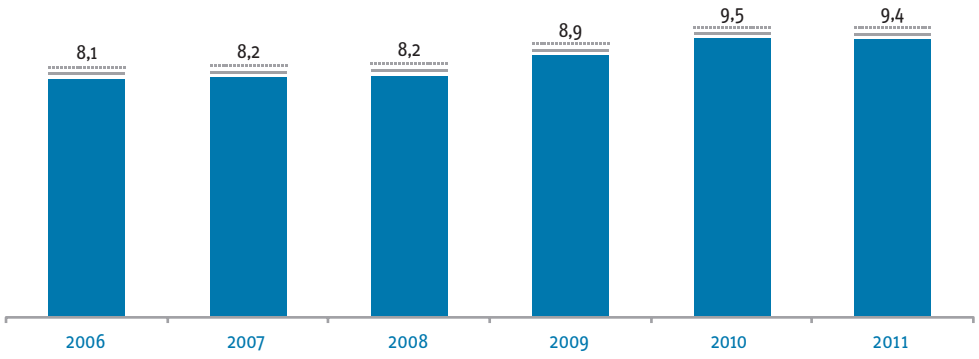
Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach: BMG, KJ1.

GKV-Ausgaben: 179.608.463.381 EUR
Netto-Verwaltungskosten: 9.440.874.434 EUR

GKV – Netto-Verwaltungskosten

in Milliarden EUR

2006 – 2011, Bundesgebiet



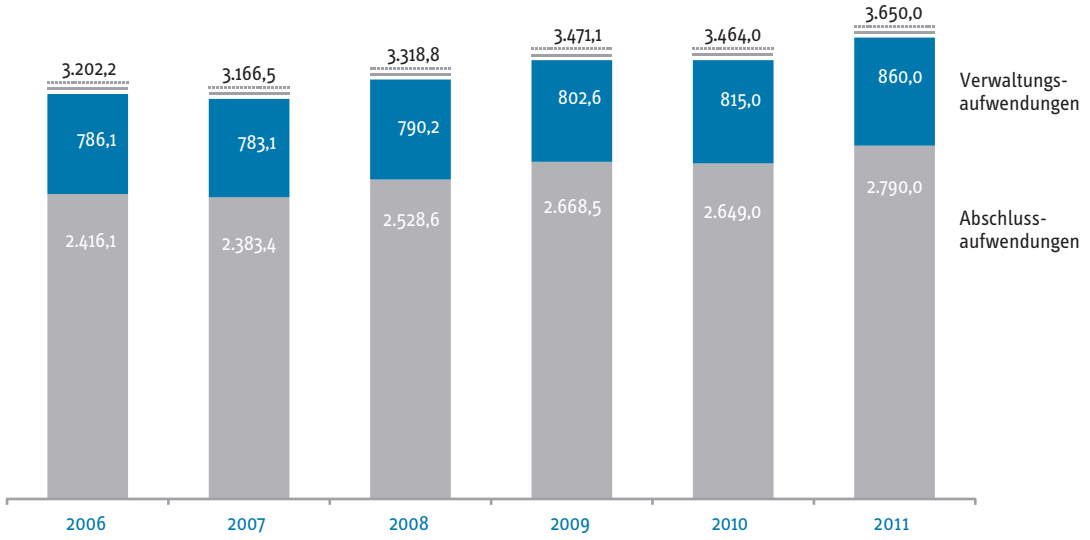
Quelle: Eigene Darstellung nach: BMG, KJ1.

Netto-Verwaltungskosten: 9.440.874.434 EUR

PKV – Verwaltungs- und Abschlussaufwendungen

in Millionen EUR

2006 – 2011, Bundesgebiet

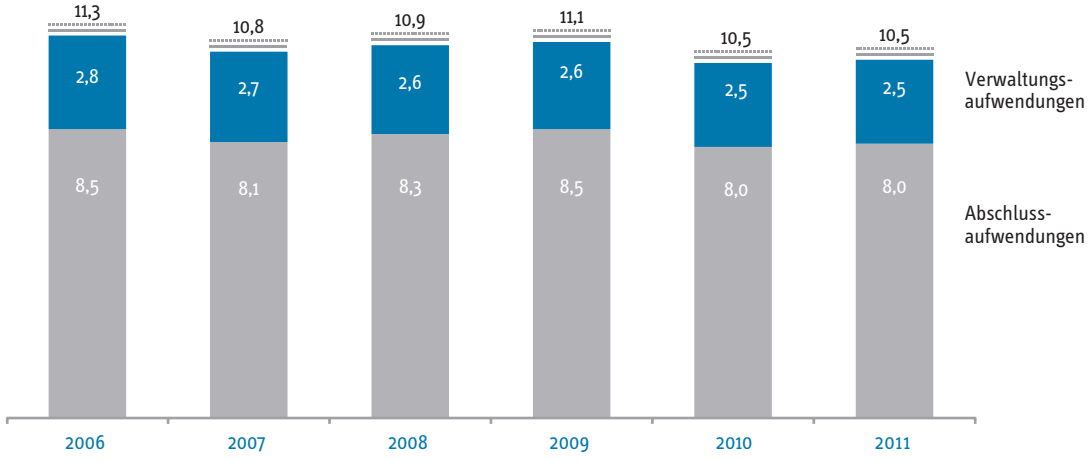


Quelle: Eigene Darstellung nach: PKV-Zahlenbericht 2011.

PKV – Anteil der Verwaltungs- und Abschlussaufwendungen an Beitragseinnahmen

in Prozent

2006 – 2011, Bundesgebiet



Quelle: Eigene Darstellung nach: PKV-Zahlenbericht 2011.

Kapitel 3

2011 konnten die gesetzlichen Krankenkassen ihre Finanzen stabilisieren und Überschüsse erwirtschaften. Nach Ausschüttung der Einnahmen aus dem Gesundheitsfonds betrug das Einnahmenvolumen aller gesetzlichen Krankenkassen 183,8 Milliarden Euro. Demgegenüber standen Ausgaben in Höhe von 179,6 Milliarden Euro.

Die positive Entwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) ist vor allem auf die anhaltend gute Konjunkturentwicklung, die Zunahme der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und den spürbaren Anstieg der Löhne und Renten zurückzuführen. Gleichzeitig haben die vom Gesetzgeber eingeführten ausgabenbegrenzenden Maßnahmen im Arzneimittelbereich und bei den Verwaltungskosten der Krankenkassen zur Kostensenkung beigetragen.

Einnahmen/ Ausgaben

Auch wenn die Finanzsituation der GKV 2011 und 2012 gut war und die Krankenkassen Reserven aufbauen konnten, darf nicht verkannt werden, dass 2013 die Leistungsausgaben weiter ansteigen, der Bundeszuschuss von 14 auf 11,5 Milliarden gekürzt wird und die wirtschaftliche Situation durch die andauernde Finanzkrise im Euro-Raum nicht ohne Risiken ist.

GKV – Beitragsbemessungsgrenze, Beitragssätze und Faustformeln

2013, Bundesgebiet

Beitragsbemessungsgrenze, 2013	
– jährlich	47.250,00 EUR
– monatlich	3.937,50 EUR
Beitragssatz, 2013	15,5 %
davon Arbeitnehmer / Arbeitgeber	8,2 % / 7,3 %
Versicherungspflichtgrenze, 2013	
– jährlich	52.200,00 EUR
– monatlich	4.350,00 EUR
Versicherungspflichtgrenze, 2013 nur für Arbeitnehmer, die am 31.12.2002 PKV-versichert waren.	
– jährlich	47.250,00 EUR
– monatlich	3.937,50 EUR
Höchstzuschuss des Arbeitgebers zum privaten Krankenversicherungsbeitrag, 2013	**287,44 EUR**

Faustformeln, 2012*	
1 Beitragssatzpunkt GKV (AKV + KVdR) – Wirkung Jan. – Dez. 2012	10,9 Mrd. EUR
1 Prozent Ausgabenentwicklung = mehr Defizit bzw. weniger Überschuss	1,8 Mrd. EUR

Quelle: Eigene Darstellung nach: BMG * Schätzung.

GKV – Beitragsbemessungsgrenzen

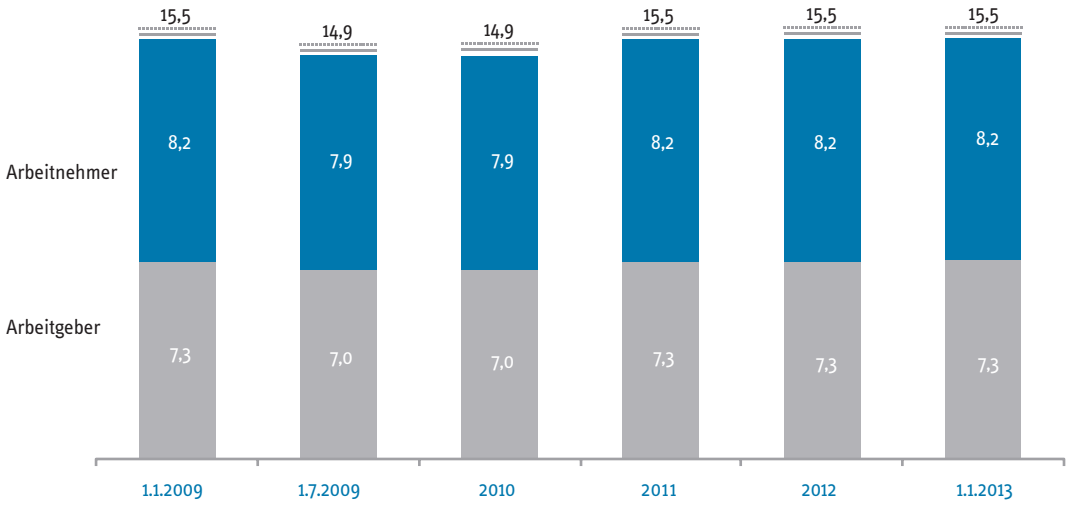
in EUR pro Monat

2005 – 2013, Bundesgebiet

Quelle: Eigene Darstellung nach: BMG.

GKV – Beitragssätze

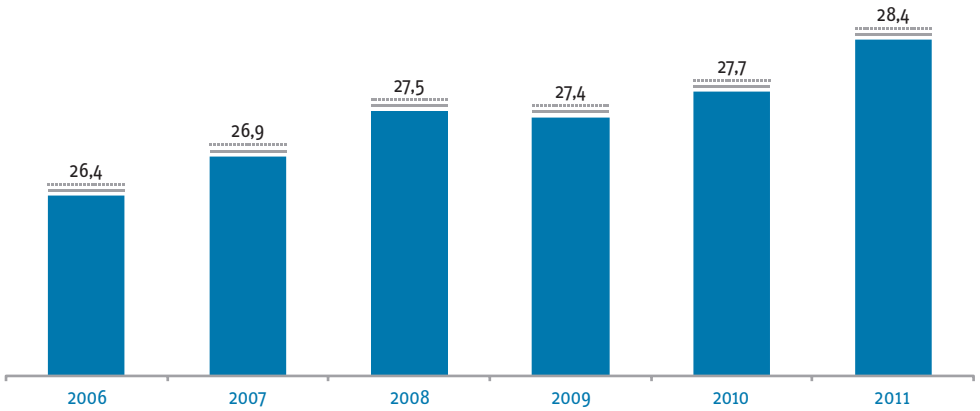
Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteile in Prozent
2009 – 2013, Bundesgebiet



Quelle: vdek.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

in Millionen
2006 – 2011, Bundesgebiet



Quelle: Eigene Darstellung nach: StBA.

2011: 28.381.343

Finanzierungssäulen der gesetzlichen Krankenkassen

Prinzipielle Darstellung der Struktur

2013

Gesundheitsfonds

– Beitragssatz: 15,5 %
– Arbeitnehmer: 8,2 %
– Arbeitgeber: 7,3 % (fixiert)
– Rentenversicherung
– Bundesagentur für Arbeit
– Künstlersozialkasse
– Wehr- / Zivildienst
– Minijobzentrale
– Steuern

Liquiditätsreserve
Dient grundsätzlich dem Ausgleich von Einnahmen- und Ausgabenschwankungen.

Steuern

Bundeszuschuss für versicherungsfremde Leistungen und Sozialausgleich
2013: 11,5 Mrd. EUR

Sozialausgleich
Begrenzung der Belastung der Mitglieder, wenn der GKV-durchschnittliche Zusatzbeitrag in seiner Höhe 2 Prozent des individuellen Einkommens des Mitglieds übersteigt.

Zusatzbeiträge

Über die Entwicklung der beitragspflichtigen Einnahmen hinaus gehende Ausgabensteigerungen werden durch einkommensunabhängige Zusatzbeiträge finanziert.

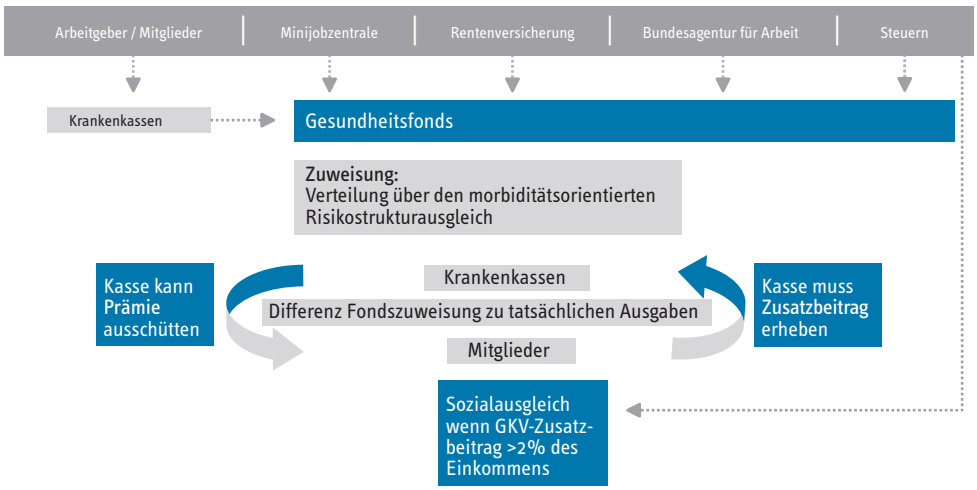
Ausgabensteigerungen werden ausschließlich von den Mitgliedern der GKV getragen. Gleichzeitig werden die Lohnkosten der Arbeitgeber von den Ausgabensteigerungen in der GKV entkoppelt. Der Gesetzgeber hat somit das bewährte Prinzip der paritätischen Finanzierung aufgekündigt.

Quelle: vdek.

Gesundheitsfonds

Struktur

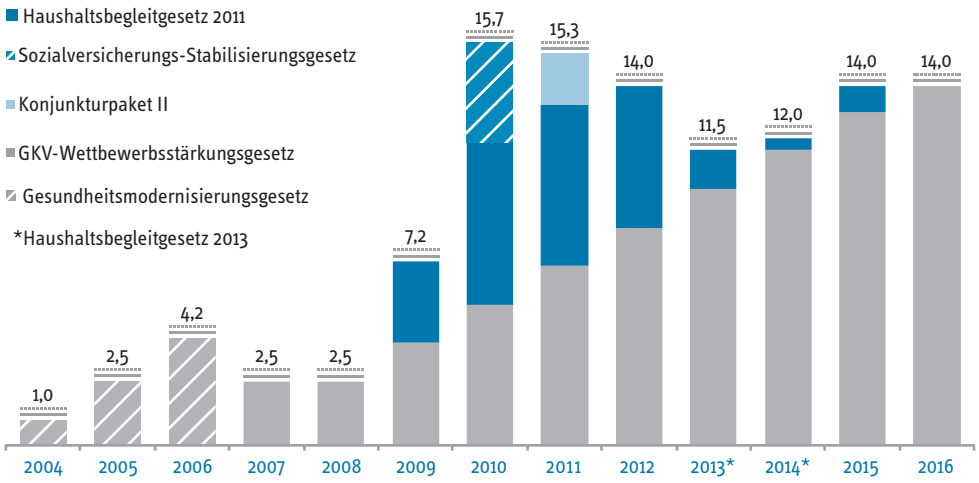
Seit 2009



Quelle: vdek.

Bundeszuschuss

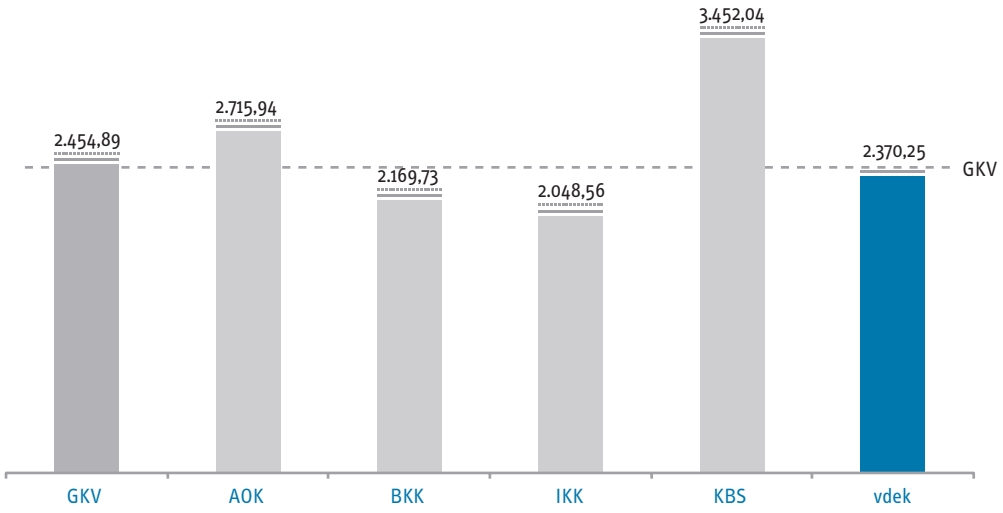
Gesetzliche Krankenversicherung
in Milliarden EUR



Quelle: vdek.

Zuweisungen aus Gesundheitsfonds

je Versicherter in EUR
2010*

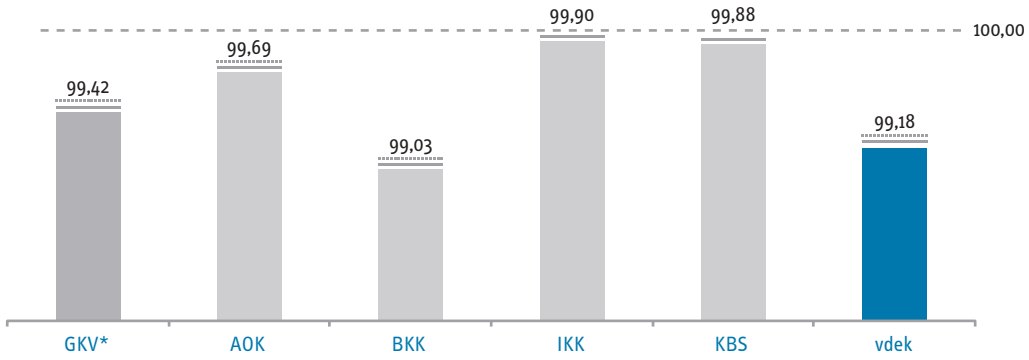


Quelle: Eigene Berechnung nach: BVA. *Jahresausgleich.

Ausgabendeckung durch Gesundheitsfondszuweisungen

Deckungsgrad in Prozent

2010*

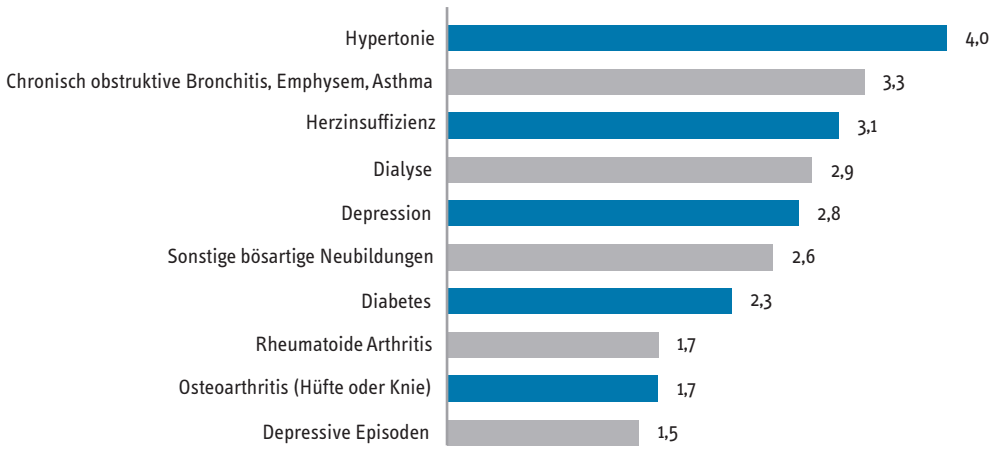


Quelle: vdek. *Jahresausgleich. Überdeckung in der GKV: festgelegte Zuweisungen > tatsächliche Ausgaben

Morbiditätsorientierter Risikostrukturausgleich

10 größte Zuweisungsvolumina nach Krankheitsgruppen in Milliarden EUR

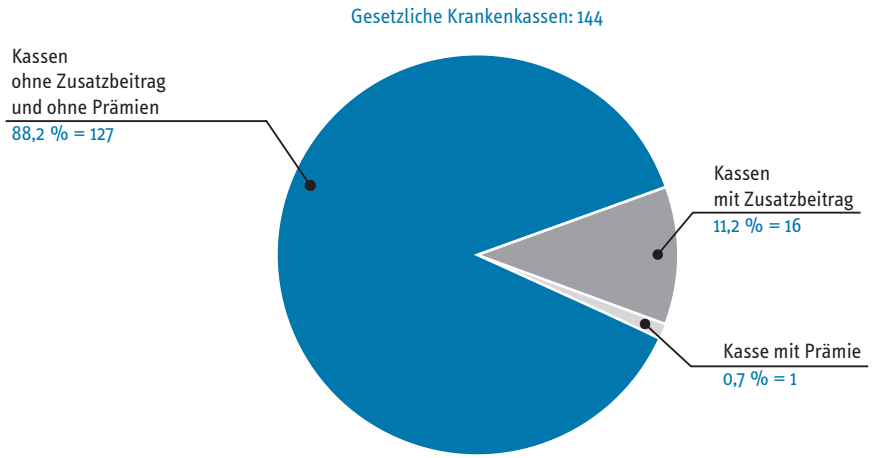
2010*



Quelle: Eigene Darstellung nach: BVA. *Jahresausgleich.

Zusatzbeiträge und Prämien

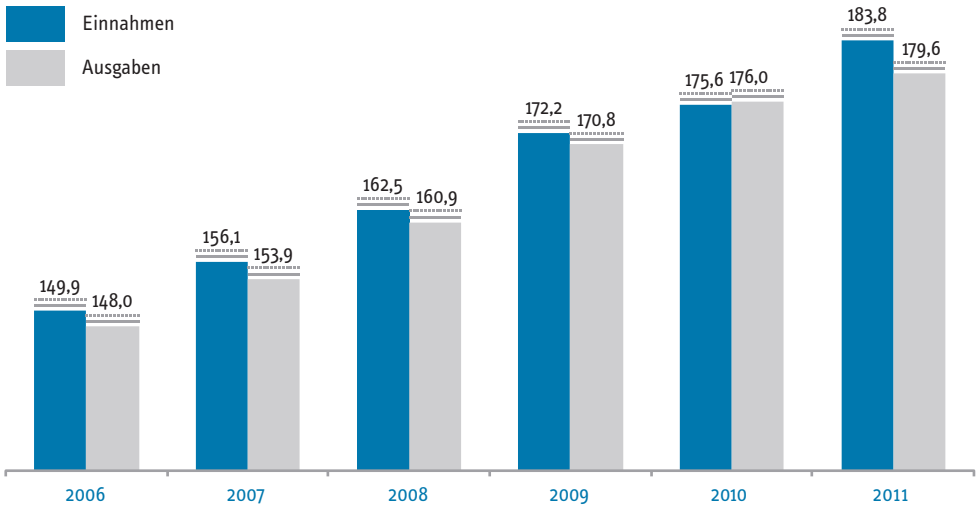
Gesetzliche Krankenkassen
2012 /10, Bundesgebiet



Quelle: vdek.

GKV – Einnahmen* und Ausgaben insgesamt

in Milliarden EUR
2006 – 2011, Bundesgebiet

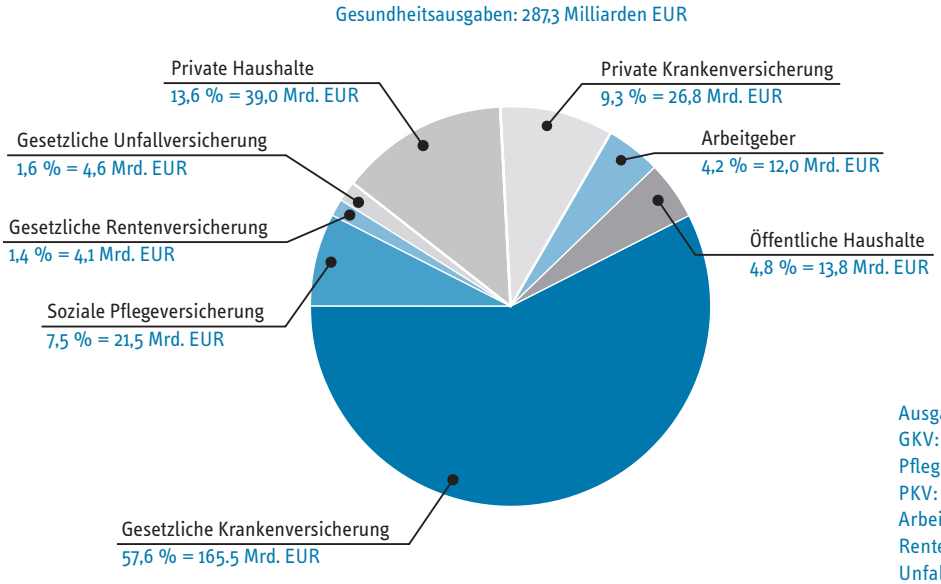


Einnahmen 2011: 183.773.644.403 EUR
Ausgaben 2011: 179.608.463.381 EUR

Quelle: Eigene Darstellung nach: BMG, KJ1. *kassenseitig.

Gesundheitsausgaben

in Milliarden EUR und Anteil in Prozent
2010, Bundesgebiet

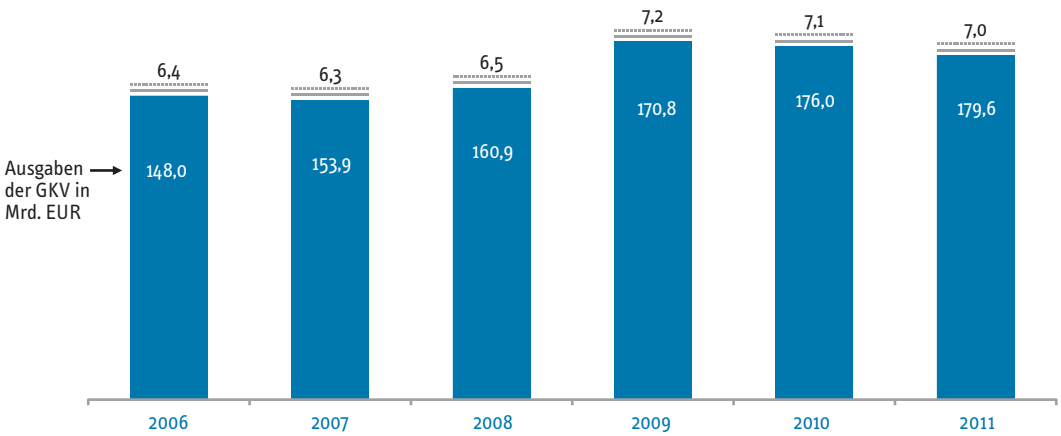


Ausgaben in Mrd. EUR
GKV: 165,548
Pflegeversicherung: 21,535
PKV: 26,773
Arbeitgeber: 11,975
Rentenvers.: 4,054
Unfallvers.: 4,613
Priv. Haushalte: 38,965
Öff. Haushalte: 13,829
insgesamt: 287,292

Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach: StBA.

Anteil der GKV-Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP*)

in Prozent
2006 – 2011, Bundesgebiet



Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach: BMG, KJ1 und StBA.

*in jeweiligen Preisen

GKV-Ausgaben: 179.608.463.381 EUR

Versorgung

287,3 Milliarden Euro wurden 2010 in Deutschland für Gesundheit ausgegeben. Davon finanzierte die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) mit 165,5 Milliarden Euro den größten Teil der Ausgaben (57,6 Prozent). 13,6 Prozent der Ausgaben wurde von den privaten Haushalten mit 39,0 Milliarden Euro selbst aufgebracht. Die private Krankenversicherung (PKV) hatte Ausgaben in Höhe von 26,8 Milliarden Euro, was einem Anteil von 9,3 Prozent entspricht.

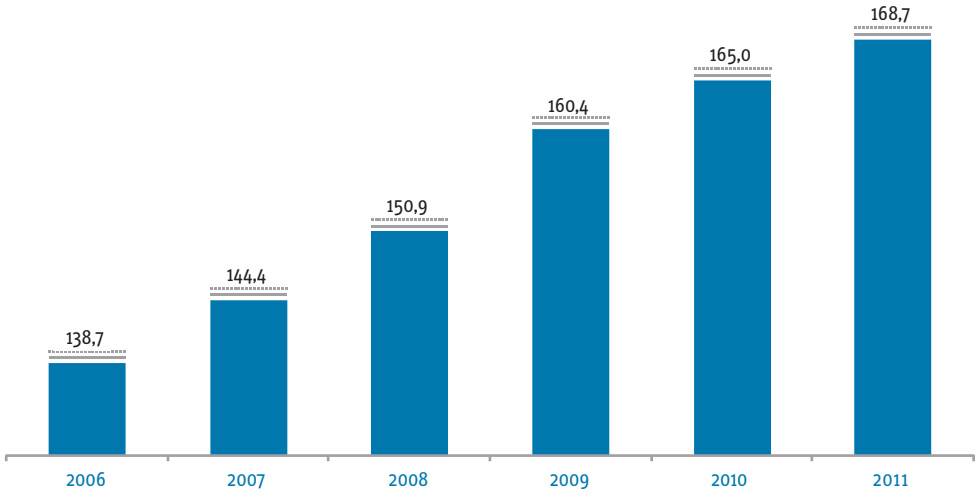
2011 lagen die Ausgaben der GKV bei 179,6 Milliarden Euro, dabei beliefen sich die reinen Leistungsausgaben auf rund 168,7 Milliarden Euro. Den größten Anteil der Ausgaben stellte der Krankenhaussektor dar. Insgesamt musste die GKV hierfür 59,9 Milliarden Euro aufbringen. Dies entspricht einem Anteil von 35,5 Prozent an allen Leistungsausgaben und ist mehr als doppelt so hoch wie der Arzneimittelbereich mit einem Volumen von 29,0 Milliarden Euro. Den drittgrößten Ausgabensektor stellt die ambulante ärztliche Versorgung mit 27,6 Milliarden Euro und einem Anteil von 16,4 Prozent dar.

Kapitel 4

GKV – Leistungsausgaben insgesamt

in Milliarden EUR

2006 – 2011, Bundesgebiet



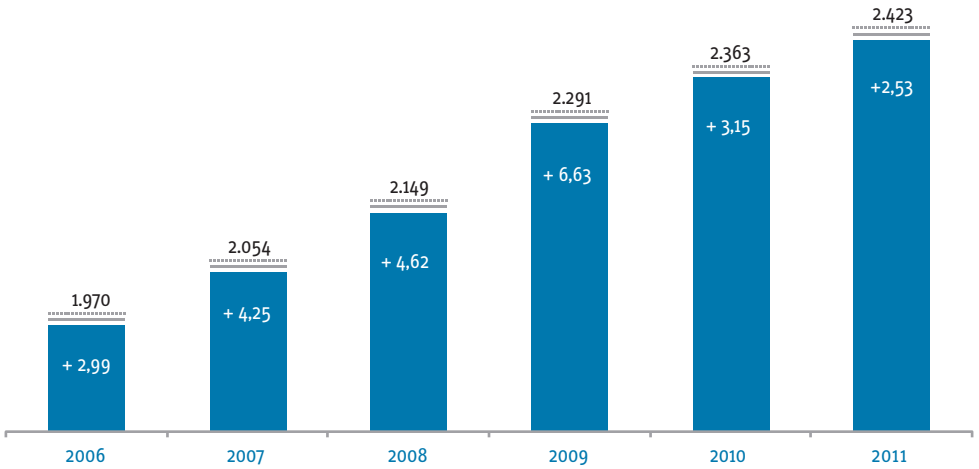
Quelle: Eigene Darstellung nach: BMG, KJ1.

GKV-Leistungsausgaben 2011: 168.742.032.324 EUR

GKV – Leistungsausgaben insgesamt

je Versicherter in EUR und Veränderung zum Vorjahr in Prozent

2006 – 2011, Bundesgebiet

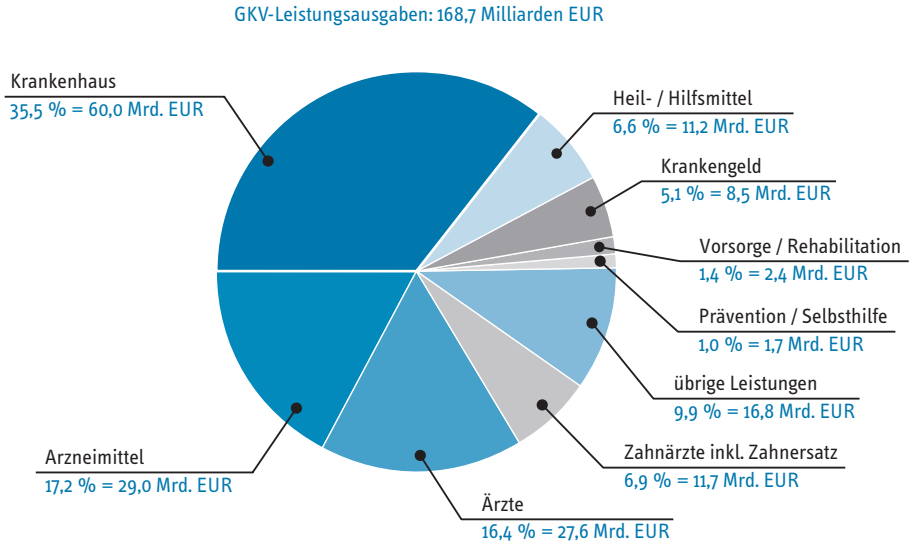


Quelle: Eigene Darstellung nach: BMG, KJ1.

2011: 2.423,16 EUR

GKV – Leistungsausgaben

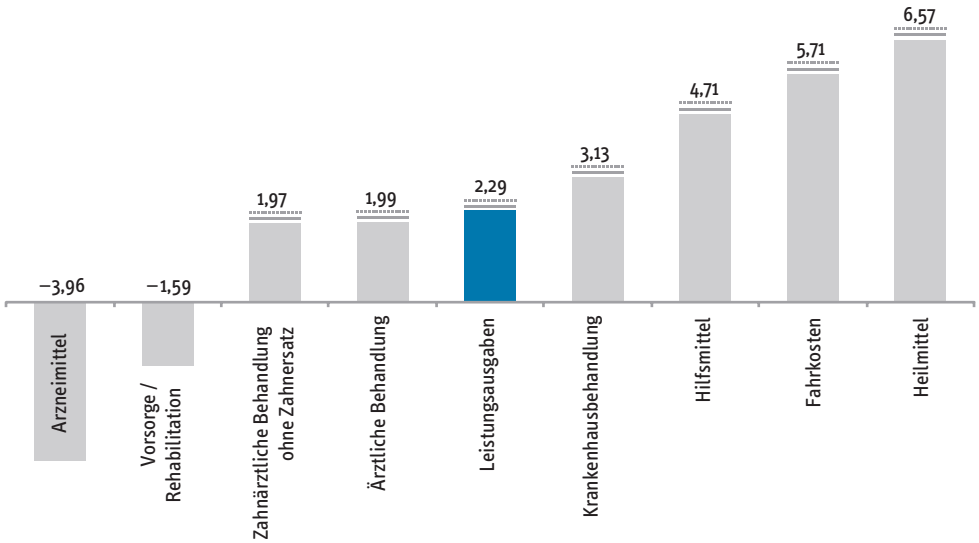
in Milliarden EUR und Anteil in Prozent
2011, Bundesgebiet



Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach: BMG, KJ1.

GKV – Leistungsausgaben

Veränderung zum Vorjahr in Prozent
2011, Bundesgebiet

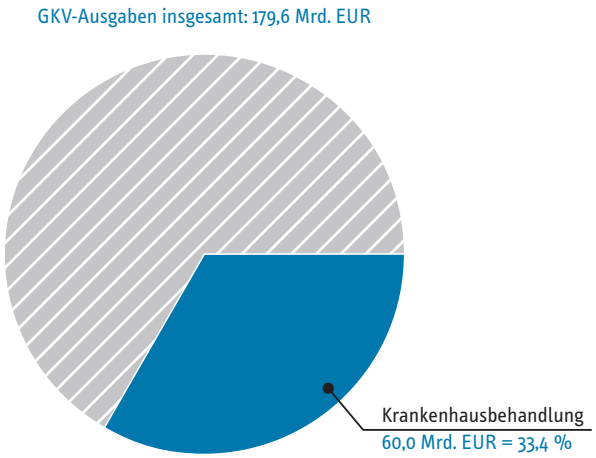


Quelle: Eigene Darstellung nach: BMG, KJ1

GKV – Krankenhausbehandlung

in Milliarden EUR

2011, Bundesgebiet



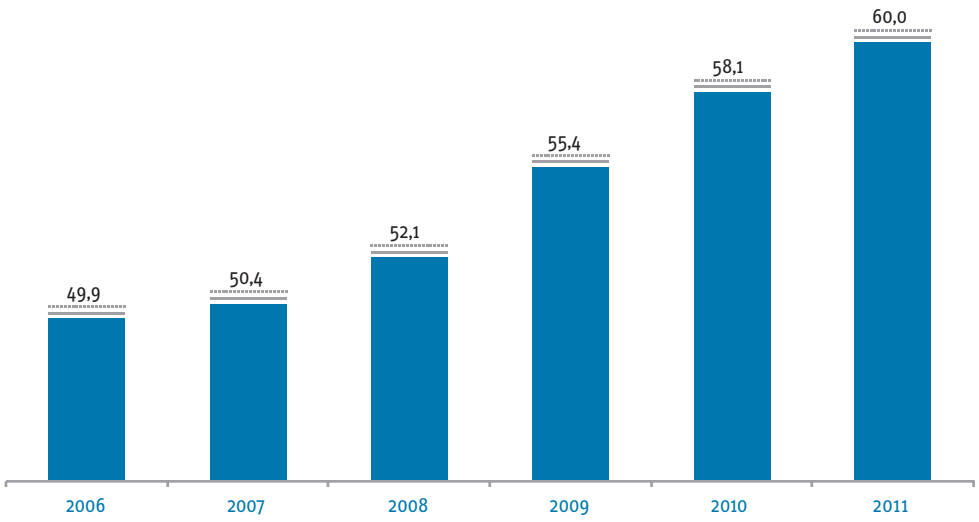
Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach: BMG, KJ1.

GKV-Ausgaben: 179.608.463.381 EUR
Krankenhausbehandlung: 59.947.179.675 EUR

GKV – Krankenhausbehandlung

in Milliarden EUR

2006 – 2011, Bundesgebiet



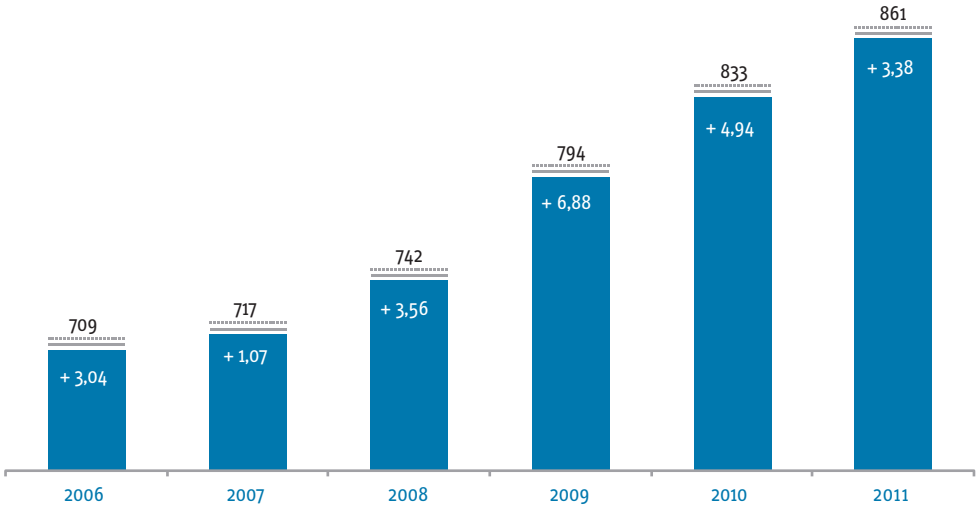
Quelle: Eigene Darstellung nach: BMG, KJ1.

Krankenhausbehandlung 2011: 59.947.179.675 EUR

GKV – Krankenhausbehandlung

je Versicherter in EUR und Veränderung zum Vorjahr in Prozent

2006 – 2011, Bundesgebiet



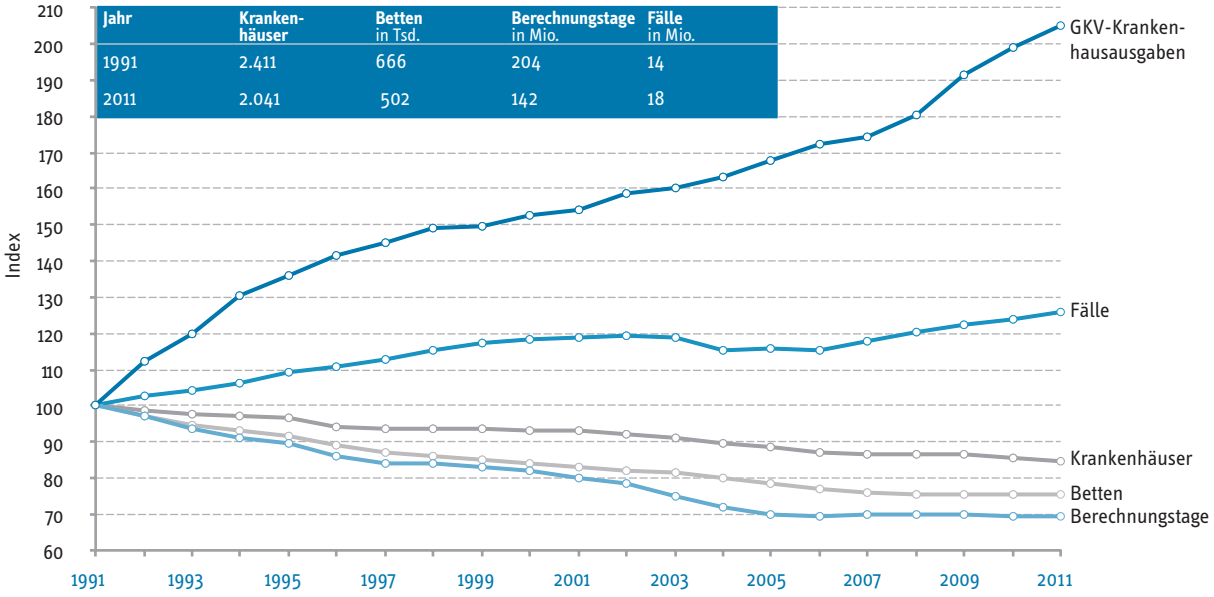
Quelle: Eigene Darstellung nach: BMG, KJ1.

2011: 860,85 EUR

Krankenhausindikatoren: Krankenhäuser, Betten, Berechnungstage und Fälle

Index (1991 = 100)

1991 – 2011, Bundesgebiet

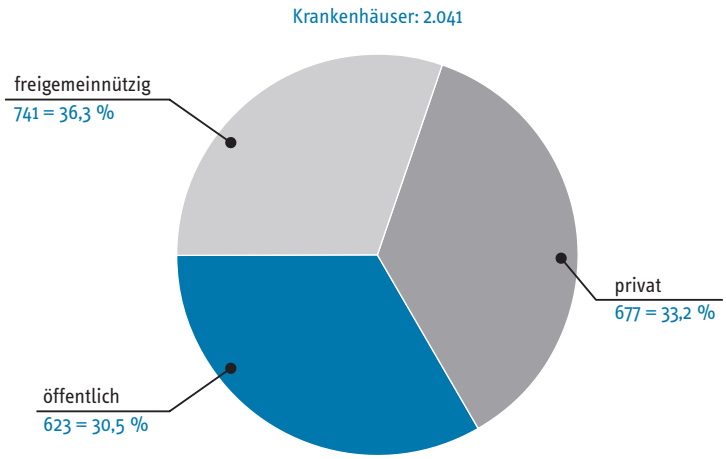


Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach: StBA und BMG, KJ1.

Krankenhäuser

nach Trägern

2011



Quelle: Eigene Darstellung nach: DKG.

Krankenhäuser

Einrichtungen, Betten und Patientenbewegung

2010

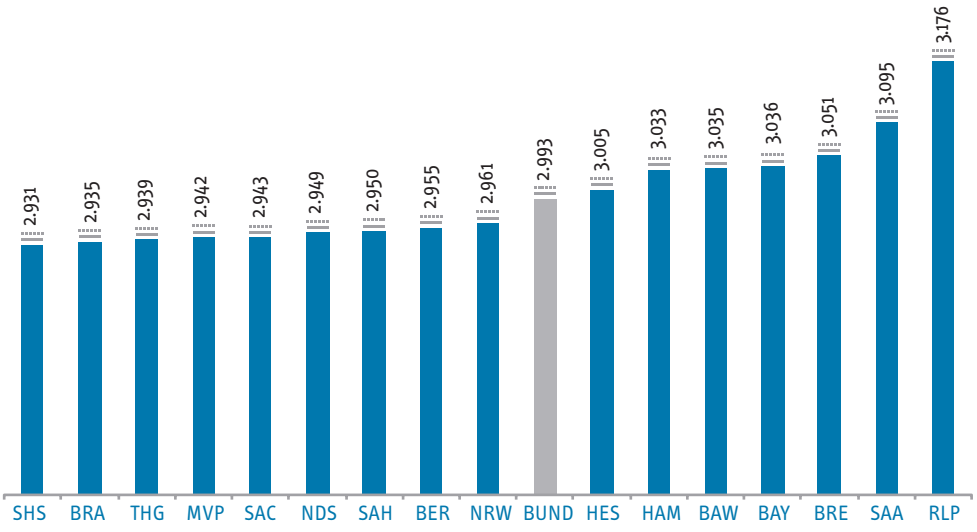
Bundesland	Krankenhäuser	Betten	Bettenauslastung	Fallzahl	Berechnungstage	Verweildauer
Baden-Württemberg	289	58.045	75,7	2.022.271	16.040	7,9
Bayern	373	75.789	76,9	2.762.631	21.285	7,7
Berlin	79	19.782	81,7	755.185	5.897	7,8
Brandenburg	52	15.244	80,5	538.880	4.480	8,3
Bremen	14	5.224	77,7	202.161	1.482	7,3
Hamburg	47	11.897	83,0	448.176	3.605	8,0
Hessen	181	35.844	76,6	1.271.478	10.016	7,9
Mecklenburg-Vorp.	39	10.454	79,5	407.018	3.034	7,5
Niedersachsen	198	41.978	81,1	1.591.130	12.433	7,8
Nordrhein-Westfalen	404	121.780	75,4	4.194.541	33.517	8,0
Rheinland-Pfalz	98	25.451	72,6	878.578	6.745	7,7
Saarland	24	6.548	85,8	259.106	2.050	7,9
Sachsen	80	26.383	80,3	978.892	7.730	7,9
Sachsen-Anhalt	50	16.527	76,2	594.250	4.599	7,7
Schleswig-Holstein	94	15.743	78,9	569.348	4.532	8,0
Thüringen	42	16.060	76,7	559.260	4.496	8,0

Quelle: Eigene Darstellung nach: StBA.

Landesbasisfallwerte*

in EUR

2012, Bundesländer



Quelle: vdek. *ohne Ausgleiche.

Fallpauschalen (DRGs)

Zehn häufigste Fallpauschalen

2009, Bundesgebiet

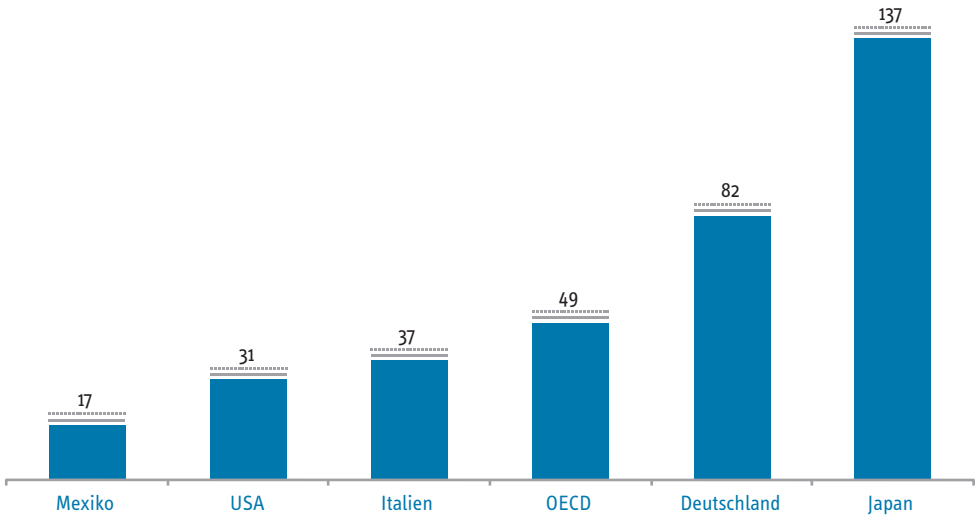
Bezeichnung	Anzahl
Gesundes Neugeborenes, Aufnahmegewicht über 2.499 g	522.851
Entzündung der Speiseröhrenschleimhaut, Magen-Darm-Grippe	421.437
Entbindung	325.272
Entzündung der Speiseröhrenschleimhaut, Magen-Darm-Grippe mit komplexer Diagnose oder gastronintestinaler Blutung	220.077
Herzinsuffizienz / Schock	211.142
Kopfverletzungen, andere	202.656
Kardiale Arrhythmie, nicht schwer u. Erregungsleitungsstörungen	193.885
Synkope und Kollaps	185.327
Hypertonie	180.551
Andere Infektionen und Entzündungen der Atmungsorgane	173.344

Quelle: Krankenhaus-Report 2012.

Krankenhausstrukturdaten im internationalen Vergleich

Betten je 10.000 Einwohner

2009

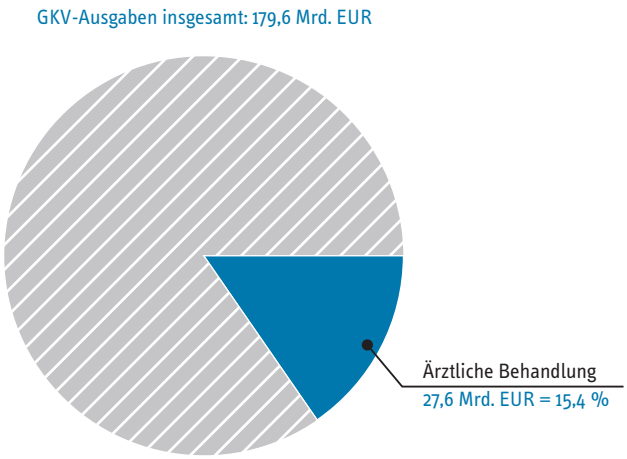


Quelle: Eigene Darstellung nach: OECD.

GKV – Ärztliche Behandlung

in Milliarden EUR

2011, Bundesgebiet



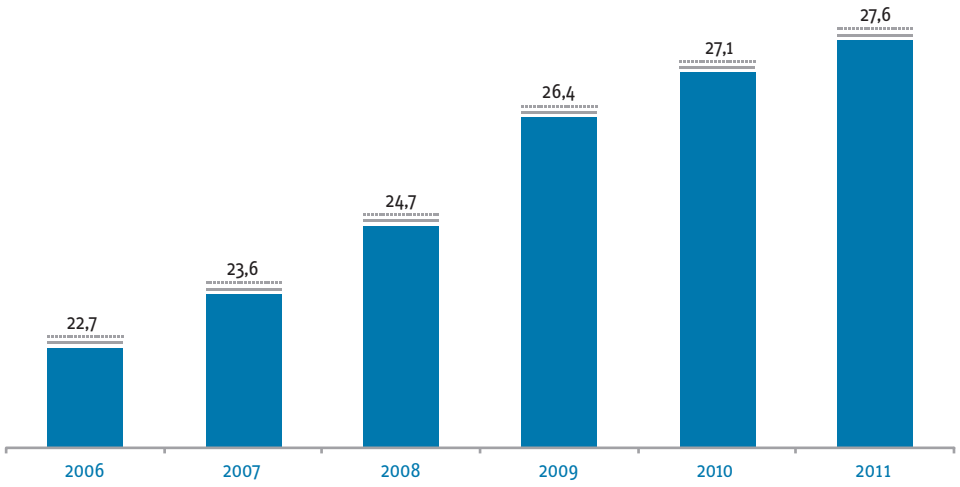
Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach: BMG, KJ1.

GKV-Ausgaben: 179.608.463.381 EUR
Ärztliche Behandlung: 27.626.425.476 EUR

GKV – Ärztliche Behandlung

in Milliarden EUR

2006 – 2011, Bundesgebiet



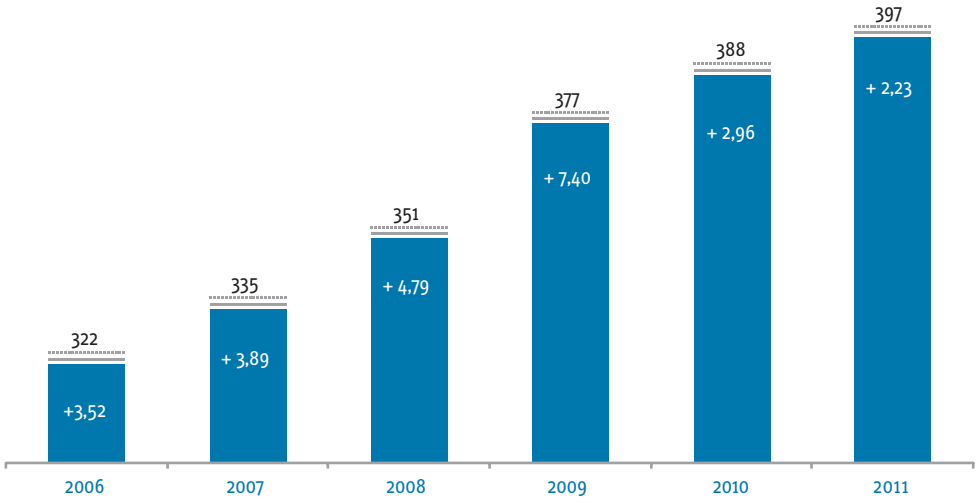
Quelle: Eigene Darstellung nach: BMG, KJ1

Ärztliche Behandlung 2011: 27.626.425.476 EUR

GKV – Ärztliche Behandlung

je Versicherter in EUR und Veränderung zum Vorjahr in Prozent

2006 – 2011, Bundesgebiet



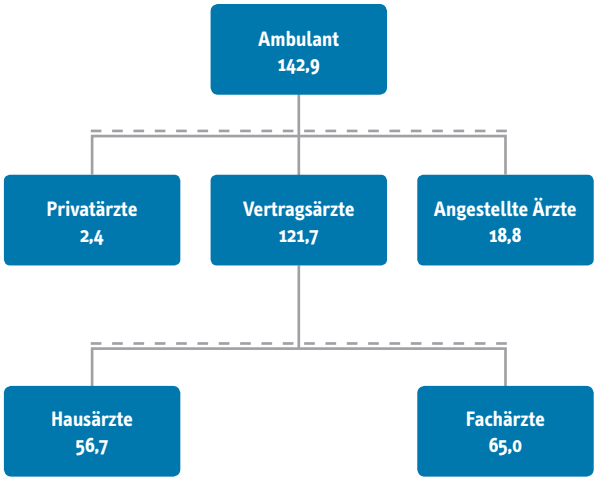
Quelle: Eigene Darstellung nach: BMG, KJ1.

2011: 396,72 EUR

Struktur der Ärzteschaft im ambulanten Bereich

in Tausend

2011

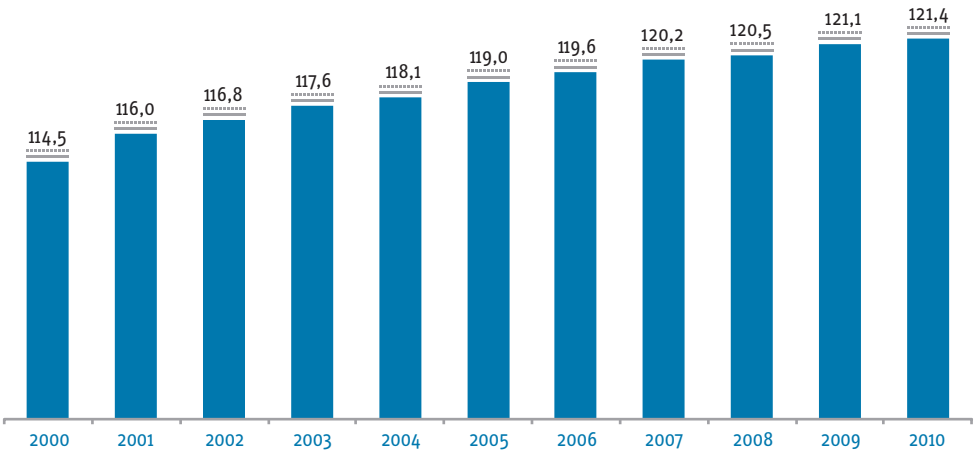


Quelle: Eigene Darstellung nach: BÄK und KBV.

Vertragsärzte*

in Tausend

2000 – 2010, Bundesgebiet



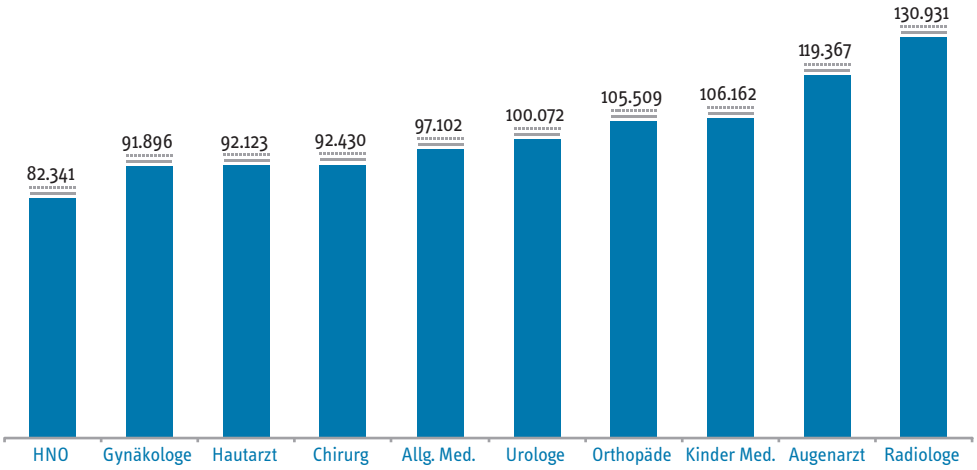
Quelle: Eigene Darstellung nach: Bundesarztregister der KBV.

* inklusive Partnerärzte

Vertragsärzte 2010: 121.414

Ambulant tätige Ärzte

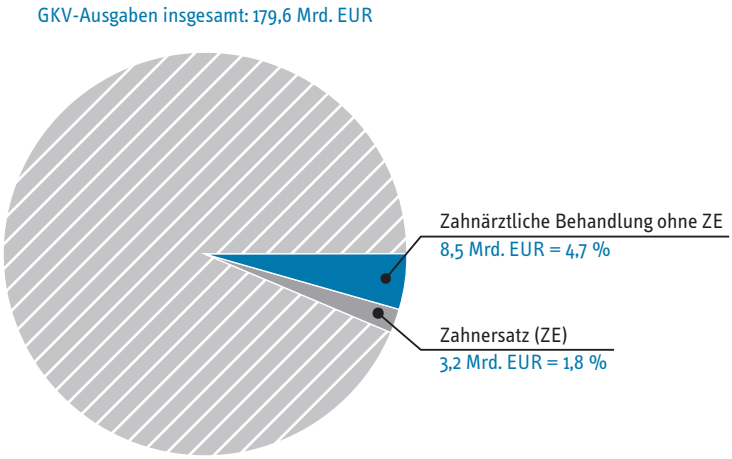
Reinertrag (Praxisgewinn) in EUR
2011, Bundesgebiet



Quelle: vdek.

GKV – Zahnärztliche Behandlung

in Milliarden EUR
2011, Bundesgebiet

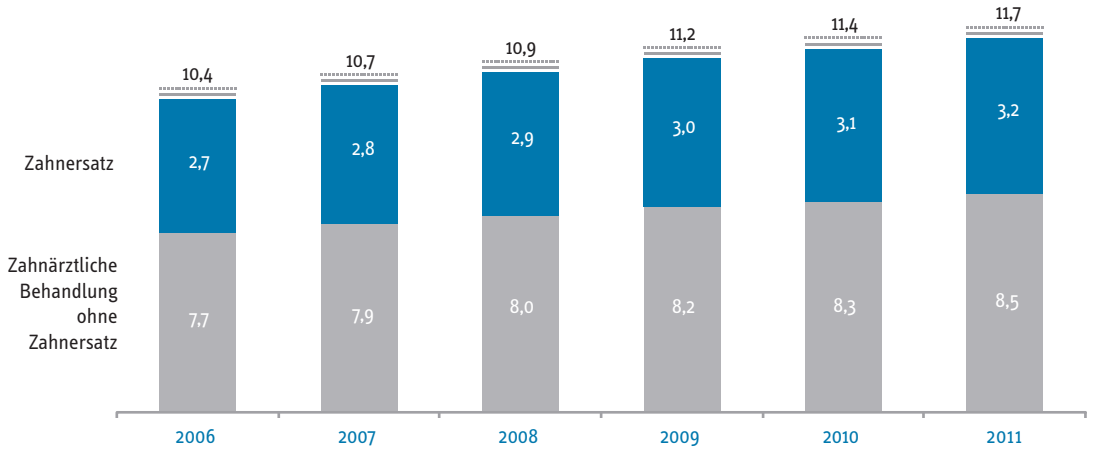


GKV-Ausgaben: 179.608.463.381 EUR
Zahnärztliche Behandlung ohne ZE: 8.467.129.301 EUR
Zahnersatz (ZE): 3.184.164.150 EUR

Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach: BMG, KJ1.

GKV – Zahnärztliche Behandlung

in Milliarden EUR
2006 – 2011, Bundesgebiet

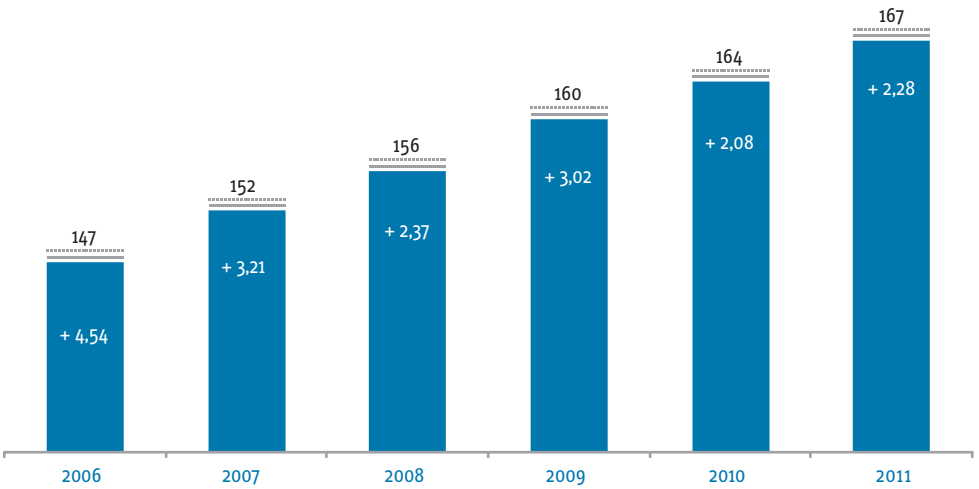


Quelle: Eigene Darstellung nach: BMG, KJ1.

Zahnärztliche Behandlung ohne ZE: 8.467.129.301 EUR
Zahnersatz: 3.184.164.150 EUR

GKV – Zahnärztliche Behandlung einschließlich Zahnersatz

je Versicherter in EUR und Veränderung zum Vorjahr in Prozent
2006 – 2011, Bundesgebiet



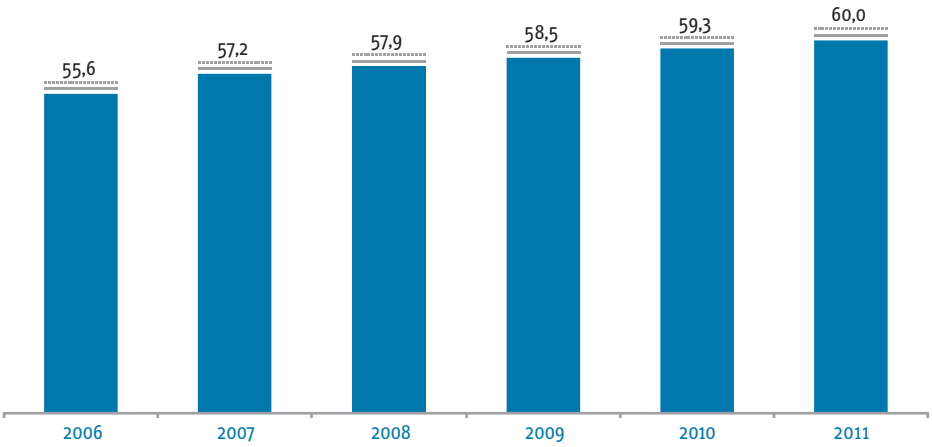
Quelle: Eigene Darstellung nach: BMG, KJ1.

2011: 167,31 EUR

Vertragszahnärzte

in Tausend

2006 – 2011, Bundesgebiet



Quelle: Eigene Darstellung nach: KZBV.

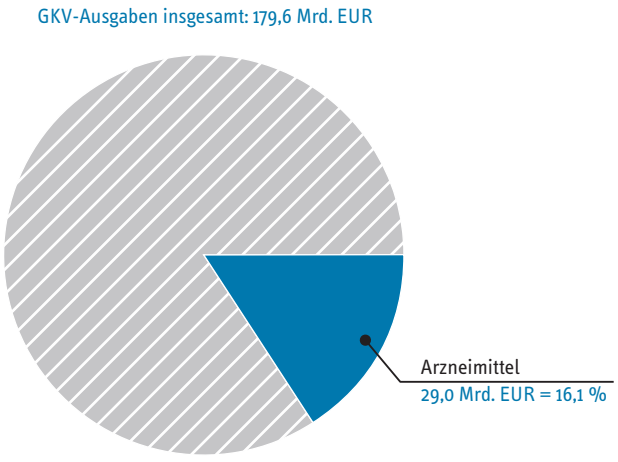
Ab 2007: Teilnehmende und angestellte Zahnärzte.

Teilnehmende und angestellte Zahnärzte 2011: 59.954

GKV – Arzneimittel

in Milliarden EUR

2011, Bundesgebiet



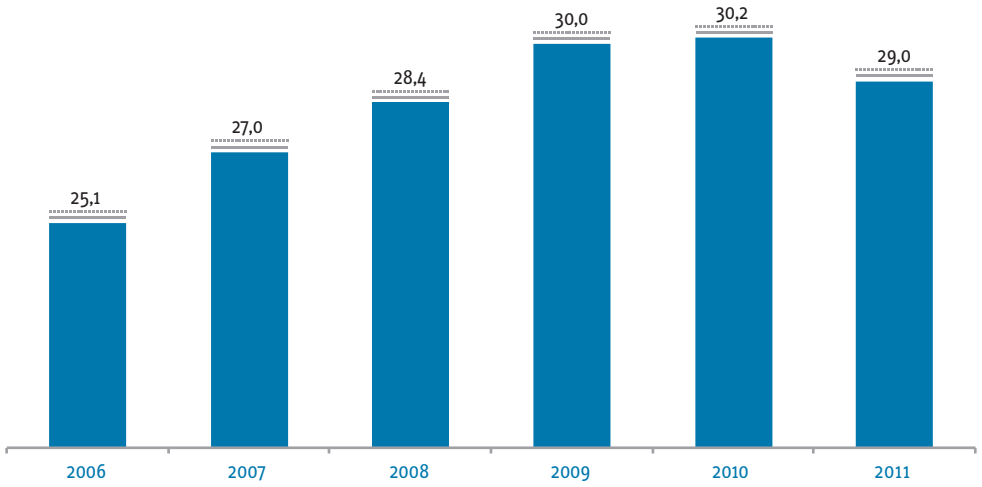
Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach: BMG, KJ1.

GKV-Ausgaben: 179.608.463.381 EUR
Arzneimittel: 28.984.296.285 EUR

GKV – Arzneimittel

in Milliarden EUR

2006 – 2011, Bundesgebiet



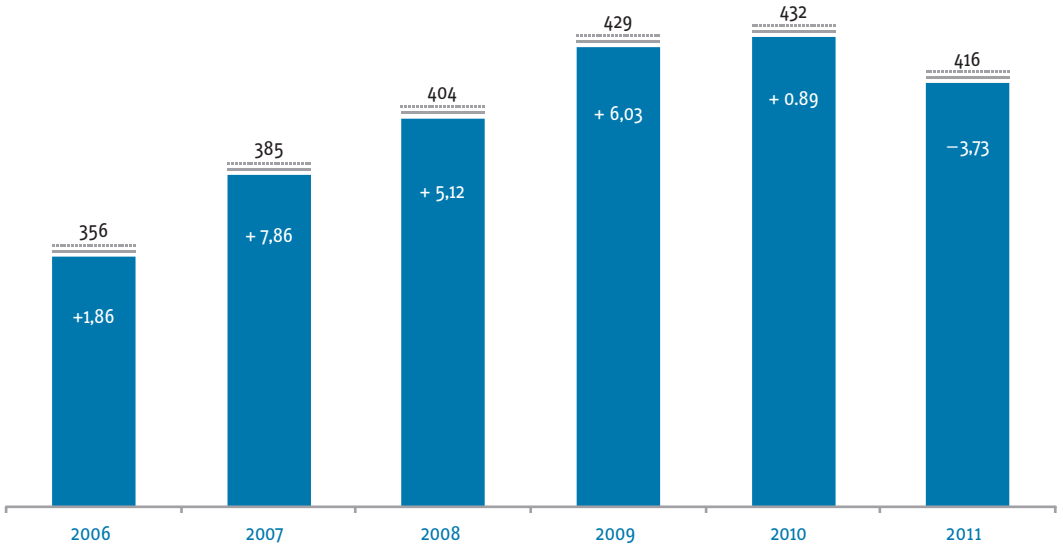
Quelle: Eigene Darstellung nach: BMG, KJ1 .

Arzneimittel 2011: 28.984.296.285 EUR

GKV – Arzneimittel

je Versicherter in EUR und Veränderung zum Vorjahr in Prozent

2006 – 2011, Bundesgebiet



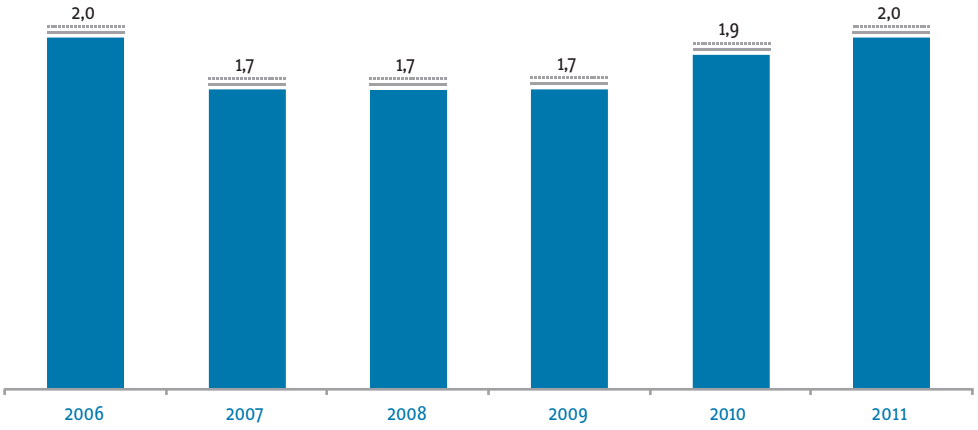
Quelle: Eigene Darstellung nach: BMG, KJ.

2011: 416,22 EUR

Zuzahlungen für Fertigarzneimittel

in Milliarden EUR

2006 – 2011, Bundesgebiet

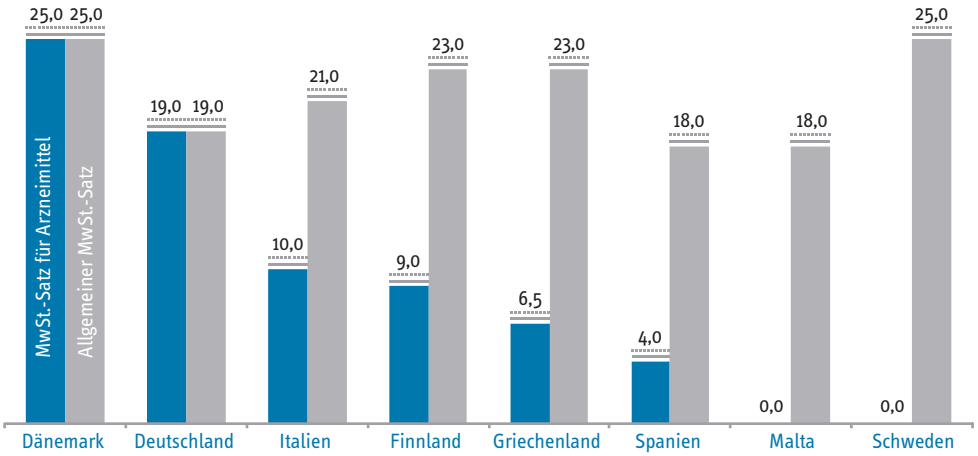


Quelle: Eigene Darstellung nach: Arzneiverordnungs-Report 2012.

Arzneimittel

Mehrwertsteuersätze in Prozent

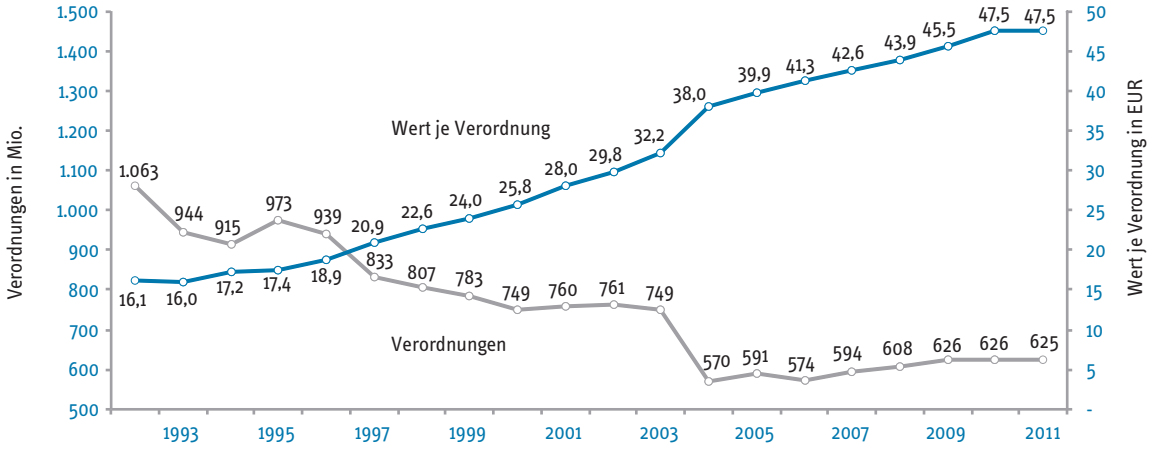
2012, EU



Quelle: Eigene Darstellung nach: ABDA.

Arzneimittelverordnungen

Verordnungen in Millionen und Wert je Verordnung in EUR
1992 – 2011, Bundesgebiet

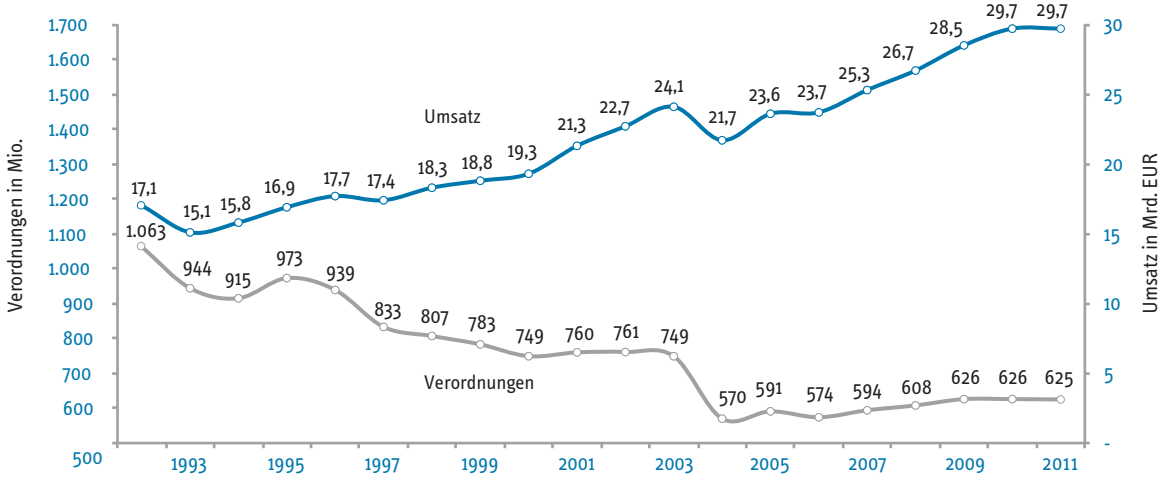


Quelle: Eigene Darstellung nach: Arzneiverordnungs-Report 2012.

Wert je Verordnung 2011: 47,51 EUR

Arzneimittelverordnungen und -umsatz

Verordnungen in Millionen und Umsatz in Milliarden EUR
1992 – 2011, Bundesgebiet



Quelle: Eigene Darstellung nach: Arzneiverordnungs-Report 2012.

Apotheken

Strukturdaten

2000 – 2011, Bundesgebiet

Jahr	Apotheken	Neueröffnungen	Schließungen	Veränderung
2000	21.592	187	185	2
2001	21.569	186	209	– 23
2002	21.465	140	244	– 104
2003	21.305	122	282	– 160
2004	21.392	343	256	87
2005	21.476	326	242	84
2006	21.551	346	271	75
2007	21.570	370	351	19
2008	21.602	360	328	32
2009	21.548	298	352	– 54
2010	21.441	263	370	– 107
2011	21.238	221	424	– 203

Quelle: Eigene Darstellung nach: ABDA, Die Apotheke: Zahlen – Daten – Fakten.

Apotheken

nach Bundesländern

2007 – 2011, jeweils am 31. Dezember

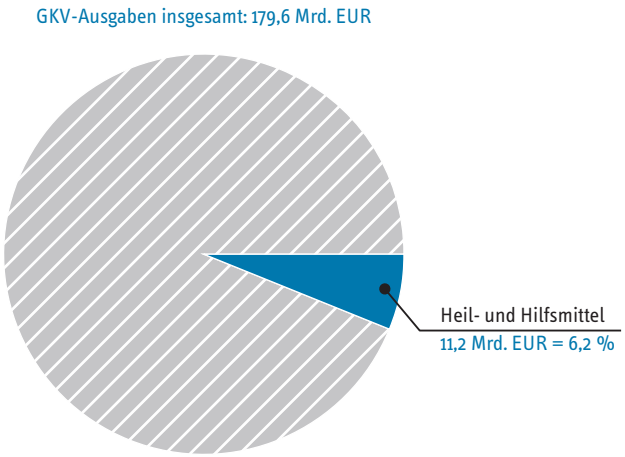
Bundesländer	2007	2008	2009	2010	2011	Veränderung 2011 zu 2007
Baden-Württemberg	2.776	2.775	2.755	2.746	2.729	– 1,7 %
Bayern	3.425	3.438	3.439	3.430	3.386	– 1,1 %
Berlin	892	892	890	884	872	– 2,2 %
Brandenburg	567	572	578	580	579	2,1 %
Bremen	172	173	171	174	163	– 5,2 %
Hamburg	462	459	459	453	442	– 4,3 %
Hessen	1.634	1.632	1.621	1.614	1.590	– 2,7 %
Mecklenburg-Vorpommern	399	407	408	411	407	2,0 %
Niedersachsen	2.116	2.113	2.107	2.086	2.068	– 2,3 %
Nordrhein-Westfalen*	4.756	4.747	4.737	4.683	4.649	– 2,2 %
Rheinland-Pfalz	1.134	1.129	1.116	1.119	1.102	– 2,8 %
Saarland	345	341	338	335	331	– 4,1 %
Sachsen	973	995	999	999	1.001	2,9 %
Sachsen-Anhalt	616	616	618	617	619	0,5 %
Schleswig-Holstein	732	739	735	727	719	– 1,8 %
Thüringen	571	574	577	583	581	1,8 %
Bundesgebiet	**21.570**	**21.602**	**21.548**	**21.441**	**21.238**	**– 1,5 %**

* 2011: Nordrhein: 2.465 und Westfalen-Lippe: 2.184

Quelle: Eigene Darstellung u. Berechnung nach: ABDA, Die Apotheke: Zahlen – Daten – Fakten.

GKV – Heil- und Hilfsmittel

in Milliarden EUR
2011, Bundesgebiet

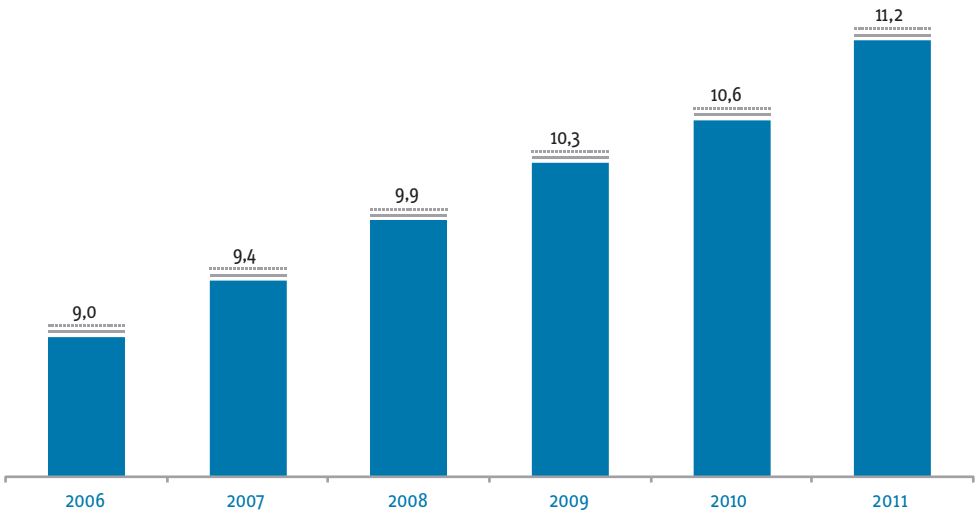


Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach: BMG, KJ1.

GKV-Ausgaben: 179.608.463.381 EUR
Heil- und Hilfsmittel: 11.173.256.828 EUR

GKV – Heil- und Hilfsmittel

in Milliarden EUR
2006 – 2011, Bundesgebiet

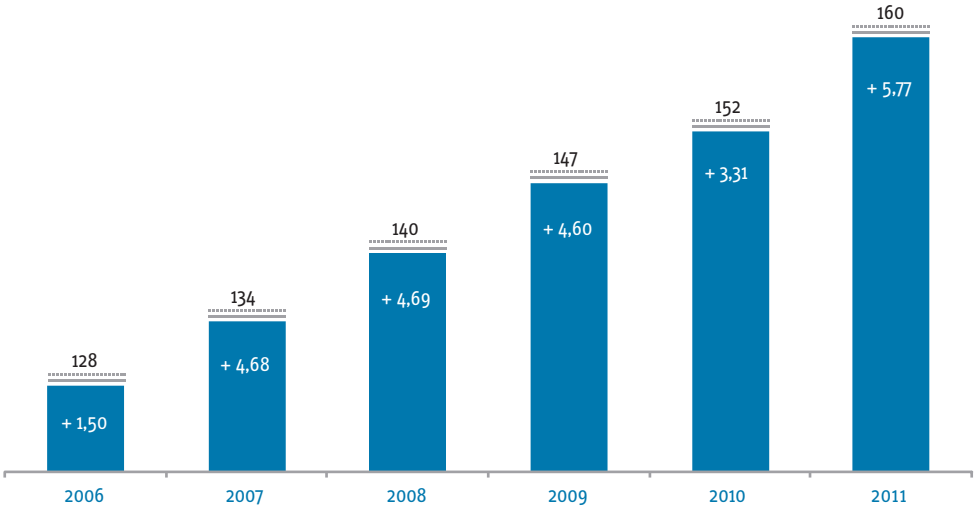


Quelle: Eigene Darstellung nach: BMG, KJ1.

Heil- und Hilfsmittel 2011: 11.173.256.828 EUR

GKV – Heil- und Hilfsmittel

je Versicherter in EUR und Veränderung zum Vorjahr in Prozent
2006 – 2011, Bundesgebiet



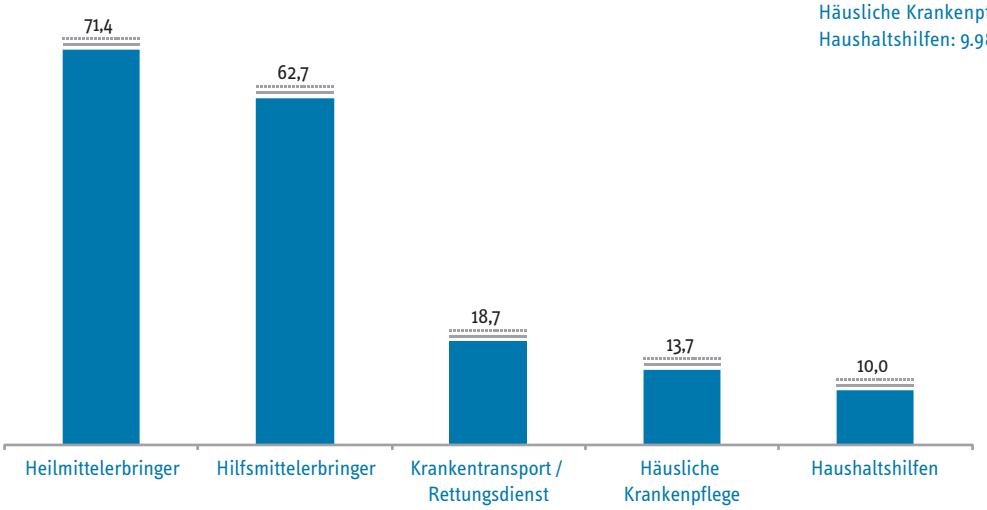
Quelle: Eigene Darstellung nach: BMG, KJ1.

2011: 160,45 EUR

Sonstige Leistungserbringer

in Tausend
2012, Bundesgebiet

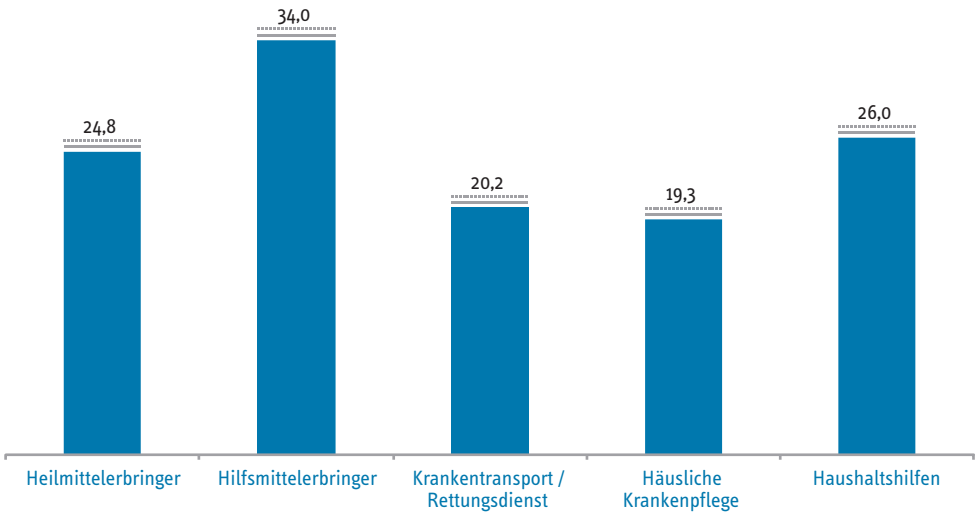
Heilmittelerbringer: 71.399
Hilfsmittelerbringer: 62.745
Krankentransport / Rettungsd.: 18.708
Häusliche Krankenpflege: 13.672
Haushaltshilfen: 9.989



Quelle: vdek.

Sonstige Leistungserbringer

Veränderung in Prozent
2005 – 2012, Bundesgebiet



Quelle: vdek.

Sonstige Leistungserbringer

nach Bundesländern
2012

Bundesland	Hilfsmittel-erbringer	Heilmittel-erbringer	Krankentransport / Rettungsdienst	Häusliche Krankenpflege	Haushaltshilfen
Baden-Württemberg	8.060	10.243	2.222	1.390	1.333
Bayern	9.434	11.018	1.838	2.133	1.432
Berlin	2.199	2.655	156	364	366
Brandenburg	1.812	2.013	812	633	633
Bremen	551	582	30	110	4
Hamburg	1.355	1.114	70	342	213
Hessen	4.244	5.512	1.199	1.071	32
Mecklenburg-Vorpommern	1.143	1.429	906	488	488
Niedersachsen	6.529	7.800	2.066	1.483	213
Nordrhein-Westfalen	14.399	12.874	4.007	2.646	2.570
Rheinland-Pfalz	3.154	3.731	1.093	478	173
Saarland	1.021	1.119	258	122	119
Sachsen	3.344	4.589	1.627	1.051	1.049
Sachsen-Anhalt	1.698	2.090	768	525	525
Schleswig-Holstein	1.967	2.624	693	410	417
Thüringen	1.835	2.006	963	426	422
Bundesgebiet	**62.745**	**71.399**	**18.708**	**13.672**	**9.989**

Quelle: vdek.

Zuzahlungsregelungen

2013

Bereich	Zuzahlung	Grenzen / Ausnahmen
Arznei- und Verbandmittel	10 % der Kosten	jedoch **mindestens 5 EUR, höchstens 10 EUR** nicht mehr als die Kosten des Mittels
Fahrkosten*	pro Fahrt 10 % der Kosten	jedoch **mindestens 5 EUR, höchstens 10 EUR**
Häusliche Krankenpflege	10 % der Kosten zuzüglich 10 EUR je Verordnung	begrenzt auf 28 Tage pro Kalenderjahr
Haushaltshilfe	10 % der kalendertäglichen Kosten	jedoch **mindestens 5 EUR, höchstens 10 EUR**
Heilmittel	10 % der Kosten des Mittels zuzüglich 10 EUR je Verordnung	
Hilfsmittel	10 % für jedes Mittel	jedoch **mindestens 5 EUR, höchstens 10 EUR** nicht mehr als die Kosten des Mittels Ausnahme: Hilfsmittel, die zum Verbrauch bestimmt sind: 10 % je Verbrauchseinheit, maximal 10 EUR pro Monat
Krankenhausbehandlung	10 EUR pro Kalendertag	maximal 28 Tage pro Kalenderjahr
Stationäre Vorsorge	10 EUR pro Kalendertag	
Medizinische Rehabilitation (ambulant und stationär)	10 EUR pro Kalendertag	bei Anschlussrehabilitation begrenzt auf 28 Tage pro Kalenderjahr unter Anrechnung der Zuzahlung für Krankenhausbehandlung
Medizinische Vorsorge und Rehabilitation für Mütter und Väter	10 EUR pro Kalendertag	
Soziotherapie	10 % der kalendertäglichen Kosten	jedoch **mindestens 5 EUR, höchstens 10 EUR**
Zahnersatz*	35 bis 50 %	abhängig von den eigenen Bemühungen zur Gesunderhaltung der Zähne
Künstliche Befruchtung	50 %	

* Kinder und Jugendliche sind bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres generell von Zuzahlungen befreit.

Ausnahmen: Zahnersatz und Fahrkosten.

Quelle: vdek.

Belastungsgrenze (§ 62 SGB V)

Angehörigenfreibeträge

2013

Teilweise Befreiung:		
2 % Regelung	Überschreiten die Zuzahlungen 2 % des zu berücksichtigenden Familienbruttoeinkommens abzüglich eventueller Kürzungsbeträge, ist der Versicherte von weiteren Zuzahlungen befreit.	
	Kürzungsbeträge (jährlich)	EUR
	für den ersten Angehörigen	4.851
	für jeden weiteren Angehörigen	3.234
	Kinderfreibetrag nach § 62 Abs. 2 Satz 3 SGB V	7.008
1 % Regelung	Für chronisch Kranke, die wegen derselben schwerwiegenden Krankheit in Dauerbehandlung sind und weitere Voraussetzungen erfüllen. Das Nähere zur Definition einer schwerwiegenden chronischen Erkrankung ergibt sich aus der „Chroniker-Richtlinie" des Gemeinsamen Bundesausschusses vom 22. Januar 2004 in der Fassung vom 19. Juni 2008.	
Sonderregelung	Für Empfänger bestimmter Leistungen der Sozialhilfe, Kriegsopferfürsorge oder der Grundsicherung für Arbeitssuchende (Hartz IV) bemessen sich die Zuzahlungen für den gesamten Familienverbund maximal nach dem Regelsatz der Bedarfsstufe 1 = jährlich 4.584 EUR.	

Quelle: vdek.

Soziale Pflege-versicherung (SPV)

Kapitel 5

69,8 Millionen Menschen sind in Deutschland in der sozialen Pflegeversicherung (SPV) versichert (Stand: 1.10.2012). Das entspricht einem Anteil von rund 85 Prozent aller Personen in Deutschland. Finanziert wird die Pflegeversicherung paritätisch von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Am 1.1.2013 steigt der Beitragssatz erstmalig seit 2008 von 1,95 Prozent auf 2,05 Prozent bzw. für Kinderlose von 2,2 Prozent auf 2,3 Prozent.

Für Pflegeleistungen entfiel 2011 auf die soziale Pflegeversicherung ein Betrag von 21,9 Milliarden Euro. Dank der Einnahmen von 22,2 Milliarden Euro konnte jedoch ein kleiner Überschuss von 310 Millionen Euro erwirtschaftet werden. Rund 1,6 Millionen Pflegebedürftige in der ambulanten und 700.000 Pflegebedürftige in der stationären Pflege erhielten Leistungen aus der sozialen Pflegeversicherung.

In der ambulanten Pflege waren die meisten der Pflegebedürftigen der Pflegestufe I zugeordnet (62,2 Prozent). 29,3 Prozent erhielten Leistungen nach Pflegestufe II und 8,5 Prozent nach Pflegestufe III. In der stationären Pflege waren 42,3 Prozent der Pflegestufe I, 38,3 Prozent der Pflegestufe II und 19,5 Prozent der Pflegestufe III zugeordnet (Stand: 31.12.2011).

SPV – Beitragsbemessungsgrenze, Beitragssätze und Faustformeln

2013, Bundesgebiet

Beitragsbemessungsgrenze, 2013	
– jährlich	47.250 EUR
– monatlich	3.937,50 EUR
Beitragssätze, 2013	2,05 % / 2,30 %*
Höchstbeitrag mtl.**, 2013	80,72 EUR / 90,56 EUR
Faustformeln, 2012***	
10.000 Leistungsbezieher im ambulanten Bereich	65 Mio. EUR pro Jahr
10.000 Leistungsbezieher im stationären Bereich (ohne Behinderte)	164 Mio. EUR pro Jahr
10.000 Leistungsbezieher in Einrichtungen der Behindertenhilfe	31 Mio. EUR pro Jahr
0,1 % Beitragssatz	1,10 Mrd. EUR pro Jahr
1 Jahr Pflegetätigkeit = mtl. Rentenanspruch	7,27 EUR bis 21,80 EUR (alte Bundesländer)
	6,47 EUR bis 19,41 EUR (neue Bundesländer)

* Seit 1.1.2005 wird ein Zuschlag für kinderlose Mitglieder ab dem 23. Lebensjahr, die nicht vor dem 01.01.1940 geboren sind, erhoben.
** Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil.
*** Schätzung.

Quelle: Eigene Darstellung nach: BMG.

SPV – Einnahmen und Leistungsausgaben

in Milliarden EUR

2000 – 2011, Bundesgebiet

Angaben zur privaten Pflegeversicherung
Versicherungsleistungen: 0,7 Mrd. EUR
Beitragseinnahmen: 2,1 Mrd. EUR
Alterungsrückstellungen: 24,0 Mrd. EUR

Einnahmen	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Beiträgean												
– Pflegekassen	13,46	13,66	13,57	13,30	13,28	13,98	14,94	14,44	15,91	16,11	16,49	17,06
– Ausgleichsfonds	2,86	2,90	3,19	3,31	3,36	3,40	3,42	3,42	3,71	5,07	5,15	5,07
SonstigeEinnahmen	0,23	0,25	0,22	0,25	0,23	0,12	0,13	0,16	0,16	0,12	0,14	0,11
Einnahmengesamt	16,54	16,81	16,98	16,86	16,87	17,49	18,49	18,02	19,77	21,31	21,78	22,24
Ausgaben	**2000**	**2001**	**2002**	**2003**	**2004**	**2005**	**2006**	**2007**	**2008**	**2009**	**2010**	**2011**
Geldleistung	4,18	4,11	4,18	4,11	4,08	4,05	4,02	4,03	4,24	4,47	4,67	4,74
Pflegesachleistung	2,23	2,29	2,37	2,38	2,37	2,40	2,42	2,47	2,60	2,75	2,91	2,98
Tages- / Nachtpflege	0,06	0,07	0,08	0,08	0,08	0,08	0,09	0,09	0,11	0,15	0,18	0,21
Kurzzeitpflege	0,14	0,15	0,16	0,18	0,20	0,21	0,23	0,24	0,27	0,31	0,34	0,35
Vollstationäre Pflege	7,47	7,75	8,00	8,20	8,35	8,52	8,67	8,83	9,05	9,29	9,56	9,71
Übrige Ausgaben	2,59	2,50	2,57	2,61	2,61	2,60	2,61	2,68	2,87	3,36	3,79	3,93
Ausgaben gesamt	16,67	16,87	17,36	17,56	17,69	17,86	18,03	18,34	19,14	20,33	21,45	21,92

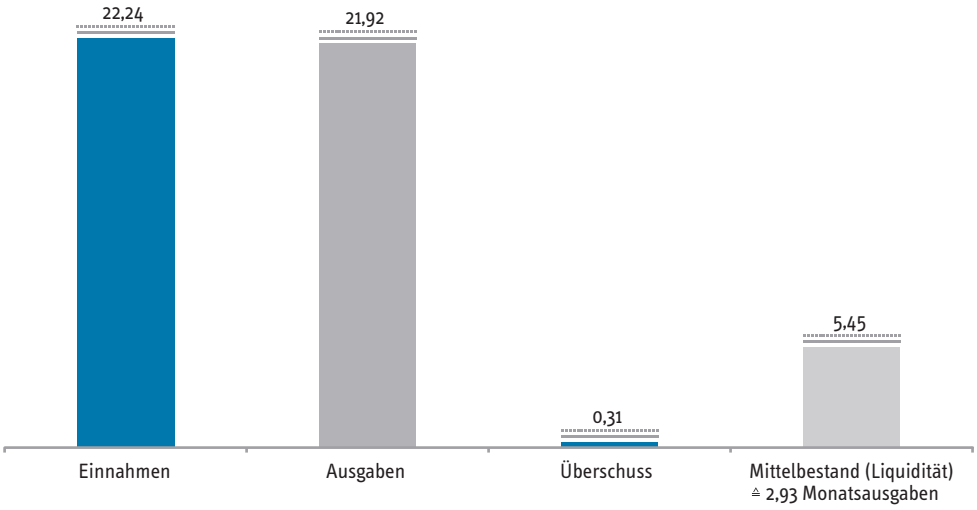
Überschuss / Defizit	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
	– 0,13	– 0,06	– 0,38	– 0,69	– 0,82	– 0,36	0,45	– 0,32	0,63	0,99	0,34	0,31
Mittelbestand*	**2000**	**2001**	**2002**	**2003**	**2004**	**2005**	**2006**	**2007**	**2008**	**2009**	**2010**	**2011**
	4,82	4,76	4,93	4,24	3,42	3,05	3,50	3,18	3,81	4,80	5,13	5,45

Quelle: Eigene Darstellung: BMG und Verband der privaten Krankenversicherung e. V. *Rücklagen.

SPV – Finanzen

in Milliarden EUR

2011, Bundesgebiet

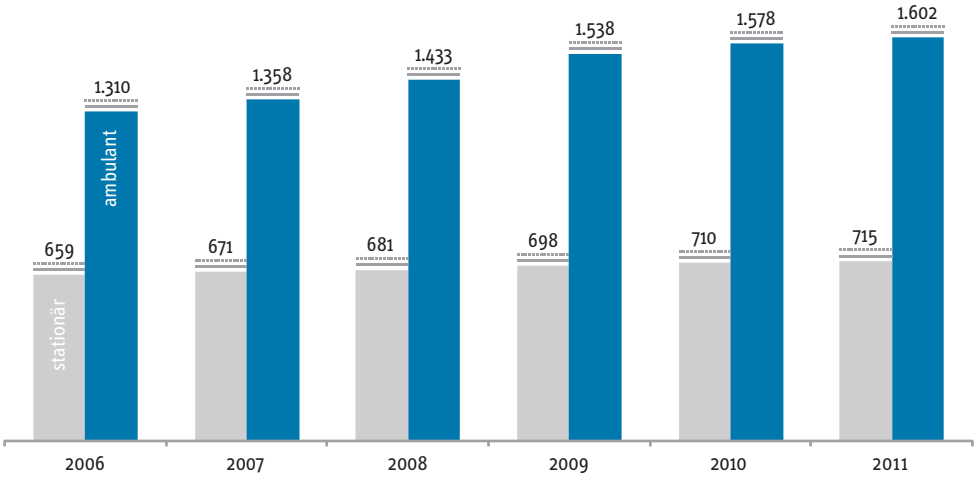


Quelle: Eigene Darstellung nach: BMG.

SPV – Leistungsempfänger – ambulant und stationär

in Tausend

2006 – 2011, Bundesgebiet

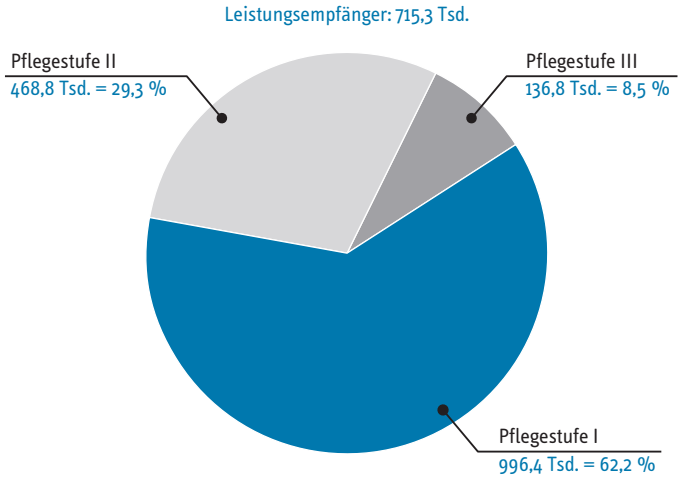


Quelle: Eigene Darstellung nach: BMG.

Leistungsempfänger 2011: 1.602.070 ambulant, 715.304 stationär

SPV – Ambulante Pflege

Leistungsempfänger nach Pflegestufen
31. Dezember 2011, Bundesgebiet

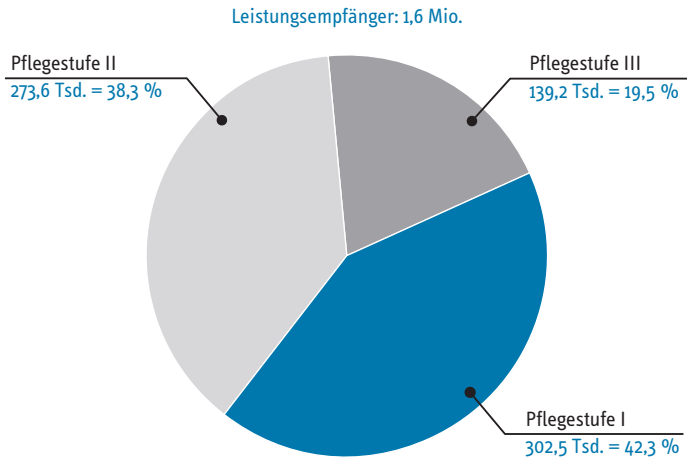


Pflegestufe I: 996.437
Pflegestufe II: 468.798
Pflegestufe III: 136.835
insgesamt: 1.602.070

Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach: BMG.

SPV – Stationäre Pflege

Leistungsempfänger nach Pflegestufen
31. Dezember 2011, Bundesgebiet



Pflegestufe I: 302.514
Pflegestufe II: 273.631
Pflegestufe III: 139.159
insgesamt: 715.304

Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach: BMG.

Pflegenoten

Ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen

2012 / 10 – Bundesländer

Ambulante Pflegeeinrichtungen

Bundesland	Geprüfte ambulante Dienste	Versorgungsbereiche: Pflegerische Leistungen	Ärztlich verordnete pflegerische Leistungen	Dienstleistung und Organisation	Gesamtergebnis	Kundenbefragung
Baden-Württemberg	1.265	1,6	1,2	1,3	1,3	1,0
Bayern	2.021	2,0	1,7	1,2	1,5	1,0
Berlin	536	1,7	1,7	1,2	1,4	1,1
Brandenburg	578	1,5	1,6	1,1	1,2	1,0
Bremen	109	2,3	2,1	1,1	1,6	1,0
Hamburg	345	1,9	1,6	1,1	1,5	1,0
Hessen	1.025	1,8	1,4	1,2	1,3	1,0
Mecklenburg-Vorpommern	444	1,8	1,9	1,1	1,4	1,0
Niedersachsen	1.346	1,9	1,6	1,1	1,4	1,1
Nordrhein-Westfalen	2.535	2,1	1,8	1,3	1,6	1,0
Rheinland-Pfalz	401	2,5	1,7	1,3	1,6	1,0
Saarland	116	2,0	1,4	1,2	1,4	1,0
Sachsen	1.086	1,9	1,6	1,2	1,4	1,0
Sachsen-Anhalt	569	2,3	1,6	1,2	1,5	1,0
Schleswig-Holstein	388	2,1	1,7	1,2	1,5	1,1
Thüringen	462	2,5	1,9	1,1	1,7	1,0
Bundesgebiet	**13.226**	**1,9**	**1,6**	**1,2**	**1,5**	**1,0**

Stationäre Pflegeeinrichtungen

Bundesland	Geprüfte stationäre Pflegeeinrichtungen	Versorgungsbereiche: Pflege und medizinische Versorgung	Umgang mit demenzkranken Bewohnern	Soziale Betreuung und Alltagsgestaltung	Wohnen Verpflegung Hauswirtschaft Hygiene	Gesamtergebnis	Bewohnerbefragung
Baden-Württemberg	1.446	1,2	1,0	1,1	1,0	1,0	1,0
Bayern	1.612	1,7	1,5	1,2	1,1	1,4	1,1
Berlin	299	1,5	1,1	1,0	1,0	1,2	1,1
Brandenburg	346	1,3	1,1	1,1	1,1	1,1	1,0
Bremen	126	2,0	1,5	1,1	1,1	1,4	1,1
Hamburg	157	1,6	1,2	1,2	1,0	1,3	1,1
Hessen	794	1,4	1,1	1,1	1,0	1,2	1,0
Mecklenburg-Vorpommern	266	1,5	1,2	1,1	1,0	1,2	1,0
Niedersachsen	1.460	1,5	1,2	1,2	1,1	1,2	1,1
Nordrhein-Westfalen	2.387	1,5	1,2	1,1	1,0	1,2	1,1
Rheinland-Pfalz	393	2,0	1,4	1,2	1,1	1,5	1,0
Saarland	143	1,4	1,4	1,1	1,0	1,2	1,0
Sachsen	757	1,3	1,1	1,1	1,0	1,1	1,0
Sachsen-Anhalt	527	1,5	1,1	1,2	1,0	1,2	1,0
Schleswig-Holstein	672	1,7	1,4	1,4	1,1	1,4	1,1
Thüringen	325	1,6	1,2	1,1	1,1	1,3	1,1
Bundesgebiet	**11.710**	**1,5**	**1,2**	**1,2**	**1,1**	**1,2**	**1,1**

Quelle: Eigene Darstellung nach: DatenClearingStelle (DCS) Pflege der Verbände der Pflegekassen auf Bundesebene.

Abkürzungs-verzeichnis

ABDA	Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände
AOK	Allgemeine Ortskrankenkassen
BÄK	Bundesärztekammer
BAY	Bayern
BAW	Baden-Württemberg
BER	Berlin
BiB	Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BKK	Betriebskrankenkassen
BMG	Bundesministerium für Gesundheit
BRA	Brandenburg
BRE	Bremen
BUND	Bundesgebiet
BVA	Bundesversicherungsamt
DKG	Deutsche Krankenhausgesellschaft
GKV	Gesetzliche Krankenversicherung
HAM	Hamburg
HES	Hessen
IKK	Innungskrankenkassen
KBS	Knappschaft-Bahn-See
KBV	Kassenärztliche Bundesvereinigung
KVdR	Krankenversicherung der Rentner
KZBV	Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung
MVP	Mecklenburg-Vorpommern
NDS	Niedersachsen
NRW	Nordrhein-Westfalen
PKV	Private Krankenversicherung
RLP	Rheinland-Pfalz
RSA	Risikostrukturausgleich
SAA	Sachsen-Anhalt
SAC	Sachsen
SAH	Sachsen-Anhalt
SGB	Sozialgesetzbuch
SHS	Schleswig-Holstein
SPV	Soziale Pflegeversicherung
StBA	Statistisches Bundesamt
THG	Thüringen
vdek	Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek)

Mitgliedskassen

BARMER GEK
Postfach 11 07 04, 10969 Berlin
Tel.: 08 00 / 33 20 60 99 -0, Fax: 08 00 / 33 20 60 99 -33 09
service@barmer-gek.de
www.barmer-gek.de

Techniker Krankenkasse
Bramfelder Str. 140, 22305 Hamburg
Tel.: 0 40 / 69 09 -0, Fax: 0 40 / 69 09 -18 00
pressestelle@tk.de
www.tk.de

DAK – Gesundheit
Nagelsweg 27 – 31, 20097 Hamburg
Tel.: 0 40 / 23 96 -0, Fax: 0 40 / 23 96 -15 00
service@dak.de
www.dak.de

Kaufmännische Krankenkasse – KKH
Karl-Wiechert-Allee 61, 30625 Hannover
Tel.: 05 11 / 28 02 -0
service@kkh.de
www.kkh.de

HEK – Hanseatische Krankenkasse
Wandsbeker Zollstr. 82 – 90, 22041 Hamburg
Tel.: 0 40 / 6 56 96 -0, Fax: 0 40 / 6 56 96 -12 59
kontakt@hek.de
www.hek.de

hkk
Martinistr. 26, 28195 Bremen
Tel.: 04 21 / 36 55 -0, Fax: 04 21 / 36 55 -37 00
info@hkk.de
www.hkk.de

Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek)

vdek-Zentrale
Askanischer Platz 1
10963 Berlin
Tel.: 0 30 / 2 69 31 -0
Fax: 0 30 / 2 69 31 -29 00
info@vdek.com

Baden-Württemberg
Christophstraße 7
70178 Stuttgart
Tel.: 07 11 / 2 39 54 -0
Fax: 07 11 / 2 39 54 -16
lv-baden-wuerttemberg@vdek.com

Bayern
Arnulfstr. 201 a
80634 München
Tel.: 0 89 / 55 25 51 -0
Fax: 0 89 / 55 25 51 -14
lv-bayern@vdek.com

Berlin / Brandenburg
Friedrichstr. 50 – 55
10117 Berlin
Tel.: 0 30 / 25 37 74 -0
Fax: 0 30 / 25 37 74 -26
lv-berlin@vdek.com

Bremen
Martinistr. 34
28195 Bremen
Tel.: 04 21 / 1 65 65 -6
Fax: 04 21 / 1 65 65 -99
lv-bremen@vdek.com

Hamburg
Spaldingstraße 218
20097 Hamburg
Tel.: 0 40 / 4 132 98 -0
Fax: 0 40 / 41 32 98 -22
lv-hamburg@vdek.com

Hessen
Walter-Kolb-Straße 9 – 11
60594 Frankfurt/M.
Tel.: 0 69 96 / 21 68 -0
Fax: 0 69 96 / 21 68 -90
lv-hessen@vdek.com

Mecklenburg-Vorpommern
Werderstraße 74 a, III. OG
19055 Schwerin
Tel.: 03 85 / 52 16 -0
Fax: 03 85 / 52 16 -1 11
lv-mecklenburg-vorpommern@vdek.com

Niedersachsen
An der Börse 1
30159 Hannover
Tel.: 05 11 / 3 03 97 -0
Fax: 05 11 / 3 03 97 -99
lv-niedersachsen@vdek.com

Nordrhein-Westfalen
Ludwig-Erhard-Allee 9
40227 Düsseldorf
Tel.: 02 11 / 3 84 10 -0
Fax: 02 11 / 3 84 10 -20
lv-nordrhein-westfalen@vdek.com

Geschäftsstelle Westfalen-Lippe
Kampstraße 42
44137 Dortmund
Tel.: 02 31 / 9 17 71 -0
Fax: 02 31 / 9 17 71 -30
gs-westfalen-lippe@vdek.com

Rheinland-Pfalz
Wilhelm-Theodor-Römheld-Str. 22
55130 Mainz
Tel.: 0 61 31 / 9 82 55 -0
Fax: 0 61 31 / 83 20 -15
lv-rheinland-pfalz@vdek.com

Saarland
Talstraße 30
66119 Saarbrücken
Tel.: 06 81 / 9 26 71 -0
Fax: 06 81 / 9 26 71 -19
lv-saarland@vdek.com

Sachsen
Glacisstr. 4
01099 Dresden
Tel.: 03 51 / 8 76 55 -0
Fax: 03 51 / 8 76 55 -43
lv-sachsen@vdek.com

Sachsen-Anhalt
Schleinufer 12
39104 Magdeburg
Tel.: 03 91 / 5 65 16 -0
Fax: 03 91 / 5 65 16 -30
lv-sachsen-anhalt@vdek.com

Schleswig-Holstein
Wall 55 (Sell-Speicher)
24103 Kiel
Tel.: 04 31 / 9 74 41 -0
Fax: 04 31 / 9 74 41 -23
lv-schleswig-holstein@vdek.com

Thüringen
Lucas-Cranach-Platz 2
99099 Erfurt
Tel.: 03 61 / 4 42 52 -0
Fax: 03 61 / 4 42 52 -28
lv-thueringen@vdek.com

vdek-Basisdaten im Web:

http://www.vdek.com/presse/daten/index.htm